

Bezugspreis:

Für den Monat Mai 1923 200 M.  
Vorwärts, Unter Kreuzband  
für Deutschland, Danzig, Ost- und  
Westpreußen sowie Österreich und  
Luxemburg 200 M., für das übrige  
Ausland 250 M. Postbezugspreis  
Frei für die u. d. Postbestellungen  
bestimmen an Belgien, Dänemark,  
England, Estland, Finnland, Frank-  
reich, Holland, Lettland, Luxemburg,  
Österreich, Schweden, Schweiz,  
Schlesien, Ungarn.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Wort und Welt“, der Unter-  
haltungsbeilage „Himmel“ und der  
Beilage „Ehrling und Krieger“  
erscheint wochentags zweimal,  
Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Reklameweile  
kostet 1500 M., Reklameweile 2000 M.  
„Kleine Anzeigen“ das festgedruckte  
Wort 500 M. (schlieflich zwei fest-  
gedruckte Worte), jedes weitere Wort  
250 M., Stellensuche das erste Wort  
250 M., jedes weitere Wort 200 M.,  
Worte über 15 Buchstaben zählen  
für zwei Worte, Familien-Anzeigen  
für Monenten Seite 500 M.

Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im  
Vorwärts-Verlag, Berlin S.W. 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet  
von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295  
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Dienstag, den 29. Mai 1923

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Postkonton: Berlin 375 86 — Bankkonto: Direktion  
der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkass Lindenstraße 3

## Industrieangebot und Regierung.

Das Schreiben des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom 25. Mai, das gestern hier ausführlich besprochen wurde, hat laut III. folgenden Wortlaut:

Herr Reichskanzler!

Im Deutschen Angebot vom 2. Mai hat die Reichsregierung erklärt, daß sie bereit sei, nach Maßgabe der noch zu treffenden Vereinbarungen auch auf gegenseitigem Wege dafür zu sorgen, daß die gesamte deutsche Wirtschaft zur Sicherung des Anleihebedienstes herangezogen wird.

Nachdem die Gegenseite eine Substanzierung der Garantien für die Verwirklichung eines ihr annehmbar erscheinenden Angebotes fordert, haben Sie, Herr Reichskanzler, zu erkennen gegeben, daß es Ihnen erwünscht wäre, von dem Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie eine Erklärung darüber zu erhalten, in welchem Umfange und vor allem in welcher Form es die Heranziehung der industriellen Wirtschaft als Garant für den Anleihebedienst angängig und möglich erachtet.

Diesem Ersuchen entsprechend beehrt sich das Präsidium, das bei dem Zustandekommen der obigen Note nicht mitgewirkt hat, nach eingehender Prüfung nachfolgende Stellungnahme zu der gestellten Frage zu übermitteln:

1. Nach dem Vertrage von Versailles haften für die Reparationen ausschließlich Vermögen und Einnahmequellen des Reiches und der Länder. Eine Verhaftung des Privateigentums hat gemäß völkerrechtlichen Grundgesetzen nicht stattgefunden. Der Zugriff des Staates auf seine Bürger, insbesondere die Wirtschaft, ist eine rein innerdeutsche Angelegenheit; die unmittelbare Haftbarmachung gegenüber dem Auslande ist ausgeschlossen.

Im innerdeutschen Verhältnis ist der Staat Erschuldner für die Reparationen. Er ist deshalb gegenüber den Bürgern — wie auch gegenüber der Entente — verpflichtet, zunächst die ihm gehörenden Pfandobjekte des Reiches und der Länder im Rahmen der Möglichkeit auszuwerten. Reicht dies nicht aus, so hat er die Gesamtheit des Volkes nach Maßgabe der Kräfteverhältnisse heranzuziehen, ehe er begrenzte Volkskreise zur Tragung von Sonderlasten auffordert. Dies gilt auch für eine etwaige Sonderbelastung der Wirtschaft, d. h. insbesondere des landwirtschaftlichen und städtischen Grundbesitzes, der Industrie, des Handels und des Bankgewerbes.

Die industrielle Wirtschaft bekennt sich zu der für jeden Bürger selbstverständlichen Verpflichtung, für das im Staat verkörperte Vaterland bis an die Grenze der Tragfähigkeit einzutreten. Das Ziel aller Bemühungen ist die Wiedergewinnung der politischen und wirtschaftlichen Freiheit. Deshalb kann eine Bereitschaft zur Übernahme von großen Sonderlasten auch durch die Industrie nur ausgesprochen werden, wenn gleichzeitig das Gesamtproblem der Reparationen sowohl nach außen wie auch innerhalb Deutschlands eine wirkliche Lösung erfährt.

II. Im Rahmen des Gesamtproblems ist vorab zweierlei erforderlich: Erhaltung der vollen Substanz der staatlichen Vermögensobjekte, ohne welche eine gesunde Wirtschaft unmöglich ist, und aus dem gleichen Grunde die Wahrung der Zahlungsfähigkeit.

Eine erfolgversprechende Haftbarmachung der (alleinstenigen) staatlichen Pfandobjekte kann nur vor sich gehen, wenn die Reichs- und Staatsbetriebe

nach privatwirtschaftlichen Grundgesetzen regeneriert und dauernd betrieben werden. Nach Reinigung der Industrie wird es möglich sein, auf diesem Wege aus diesen Betrieben in absehbarer Zeit jährlich etwa 600 Millionen Goldmark, bei günstiger Entwicklung der Wirtschaft eine Milliarde und mehr herauszuwirtschaften.

Die Frage, in welchem Umfange die Privatwirtschaft nach voller Auswertung der staatlichen Pfänder als subsidiär haften der Bürge einzutreten hätte, hängt in erster Linie von der Höhe der jeweiligen Jahresleistungen des Staates ab.

Die Garantie der Wirtschaft für die Erfüllung ihrer Zahlungspflicht kann — trotz größter Bedenken — nur in einer

Verpfändung ihrer Sachwerte

liegen. Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie ist der Ansicht, daß die Wirtschaft — und zwar ländlicher und städtischer Grundbesitz, Industrie, Handel und Bankgewerbe — unter Anspannung aller Kräfte neben den sonstigen schweren Lasten unter Erfüllung einer Reihe von Voraussetzungen jährlich eine Zahlungsgarantie

bis zum Höchstmaße von 500 Millionen Goldmark

auf die Dauer von 30 Jahren übernehmen sollte. Der Kapitalwert einer derartigen Jahresleistung überschreitet die Hälfte des gegenwärtigen Verkaufswertes desjenigen gesamten privaten immobilien Bestandes, welcher als Pfand dienen muß.

Die industrielle Wirtschaft erklärt sich bereit, 40 Proz. der genannten Garantiesumme zunächst ohne Rücksicht auf das normale Kräfteverhältnis der Wirtschaftsgruppen zu übernehmen.

Der Verpfändungsmaßstab der verschiedenen Wirtschaftsgruppen muß sich in Zeitabschnitten von mehreren Jahren je nach der Beschleunigung der wirtschaftlichen Lage sowohl nach oben wie nach unten ändern. Insbesondere wird es erforderlich sein, den städtischen Hausbesitz innerhalb angemessener Frist zunächst durch

Abbau der Zwangsmieten

wieder transferierbar zu machen, ehe er entsprechend herangezogen wird. Die schärfste mögliche Verteilung der zu übernehmenden Lasten innerhalb der einzelnen Wirtschaftsgruppen bedarf alsbaldiger Festsetzung. Als Pfand für die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen kann unseres Erachtens nur der Besitz an unbeweglichem

Vermögen dienen. Die Verhaftung wäre durch dingliche Eintragung auf den Fundus der einzelnen Sachvermögen in Form des deutschen Rechtes auszusprechen. Die Modalitäten der Verpfändung und Amortisation hängen wesentlich von den Bedingungen für die notwendigen äußeren Anleihen ab. — Bei Unternehmungen, die ihrem Charakter nach über entsprechenden unbeweglichen Besitz verfügen, können Titel für geeignete persönliche Haftung geschaffen werden. — Die beschleunigte Ablösung der dinglichen Belastungen und sonstiger Titel durch steuerfreie Kapitalleistungen ist zuzulassen. — Die Lasten derartiger Bürgschaften können von der ohnedies schon kranken Wirtschaft nur getragen werden, wenn der Staat die allgemeinen Lasten des Volkes durch äußerste Sparsamkeit im Innern möglichst verringert und wenn das gesamte deutsche Volk, insbesondere auch die gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeitnehmer ihre volle Kraft für die Abwendung der Reparationslast im Wege der Intensivierung der Arbeit (siehe III, B) einsehen. Nur so kann jene Aktivität der Zahlungsbilanz wieder gewonnen werden, die zu einer Stabilität der Währung führt. Dies wiederum ist die unbedingte Voraussetzung für langfristige Goldzahlungen eines verarmten Landes.

III. Die unter II genannten Verpflichtungen können nur übernommen und die daraus entspringenden Leistungen nur erfüllt werden, wenn Deutschland durch entsprechenden Aufschub der Zahlungen die Möglichkeit erhält, seine innere Lage zu stabilisieren, und wenn der deutschen Wirtschaft die volle Bewegungsfreiheit im Verkehr mit dem Auslande und im Auslande selbst, so wie sie allen anderen Staaten gewährt ist, wieder zugebilligt wird. Die deutsche Wirtschaft kann ferner bei der bestehenden inneren Wirtschaftslage keinerlei Verpflichtungen übernehmen und Leistungen vollbringen und wird es niemals können, wenn nicht folgende unerlässliche Voraussetzungen in bezug auf innere Wirtschaftsreformen erfüllt werden, welche auch die deutsche Regierung in ihrer am 14. November 1922 an die Reparationskommission gerichteten Note im wesentlichen als notwendig bezeichnet hat:

1. Grundständige Fernhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und -verteilung, unbeschadet schärfster Bekämpfung wirklicher Wuchers, mithin a) Aufhebung der Kriegs- und Zwangswirtschaft einschließlich des Abbaues der Außenhandelskontrolle, soweit letztere nicht zur Sicherstellung einiger weniger lebenswichtiger Erzeugnisse für Volksernährung u. dgl. erforderlich und tatsächlich durchführbar ist; b) Aufhebung aller Demobilisierungsvorschriften und Befchränkung der Staatsgewalt auf das Schiedsrichtertum bei Wirtschaftsstreitigkeiten von allgemeiner Bedeutung.

2. Erhaltung des Betriebskapitals und Ermöglichung angemessener Neubildung von Privatkapital zum Zwecke der Erhaltung und Entwicklung der Wirtschaftsbetriebe, mithin entsprechende Umgestaltung der heute vielfach willkürlichen Steuererhebung (z. B. Gewerbesteuer), insbesondere Hebung der Steuermoral und Schaffung eines klaren, den Sparimpuls anregenden Steuersystems.

3. Voller Einsatz der vorhandenen Arbeitskraft für quantitative und qualitative Hebung der Produktion, also Steigerung der allgemeinen Arbeitsleistung. Dies setzt voraus:

bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Achtstundentages Erhöhung der Tariffreiheit

im Sinne der Borearbeiten des Reichswirtschaftsrates, Schaffung eines Arbeitsgesetzes; ferner Entlastung der Wirtschaft von unproduktiven Löhnen. Offenes Bekenntnis von Regierung und Volk zu derartigen Grundgesetzen sowie sofortige Verwirklichung derselben durch alle beteiligten Faktoren — insbesondere Regierung — ist unerlässlich. Im anderen Falle werden alle Opfer des Volkes, einschließlich der Wirtschaft, fruchtlos sein und nur die letzte Hoffnung Deutschlands auf ein bessere Zukunft vernichten. Die Verantwortlichkeit für einen derartigen Fehlschlag zu übernehmen, ist die Wirtschaft nicht in der Lage

Sorge. Bäder, Ernst v. Borfig, Carl Boich, Duisberg, Frank, Hans Jordan, Peter Ködner, Hans Kraemer, Lammers, Pfaffschod, Reusch, Riepert, Silberberg, Fritz Tholken, Carl Friedrich v. Siemens, Hugo Stinnes, Böglar.

### Der Standpunkt der Regierung.

Eine offizielle Verlautbarung des WTB-Bureaus erläutert den Standpunkt der Regierung gegenüber diesem Schreiben folgendermaßen:

Zu der Frage der Garantien für die deutschen Reparationsleistungen liegt in dem Schreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie an den Reichskanzler ein wichtiger Beitrag vor. Das Schreiben trägt dem von der Reichsregierung festgelegten Gesichtspunkt der Heranziehung der Wirtschaft zur dinglichen Sicherung der deutschen Leistungen Rechnung, indem es sich prinzipiell auf den Boden dieser Auffassung stellt. Dem ist ein Schritt von großer Tragweite getan, den die Reichsregierung als eine Kundgebung des Willens fahrender Wirtschaftstreue begrüßt, an der Lösung der schwierigen Garantiefrage aus allen Kräften mitzuarbeiten und die für eine brauchbare Regelung des Gesamtproblems erforderlichen Opfer zu bringen. Die Regierung wird unter eigener Verantwortung und in voller Unabhängigkeit prüfen, inwieweit die Darlegungen des Schreibens über die Bemessung und Verteilung der von der Wirtschaft aufzubringenden Leistungen bei den weiteren Schritten der Reichsregierung Berücksichtigung finden können. Denn so sehr es zu begrüßen ist, daß in Erkenntnis der Notwendigkeit großer Opfer einzelne Stände sich be-

reitfinden, an den zu lösenden Problemen mitzuarbeiten, so wenig entbehrt dies die Regierung von der Aufgabe, von sich aus Maß und Verteilung der Leistungen unter Berücksichtigung der Interessen aller Erwerbsstände fahrend zu bestimmen und unabhängig festzulegen. Borearbeiten hierfür sind von der Regierung ausgenommen. Mit der gleichen Selbstverantwortung wird sie die gesetzlichen Maßnahmen vorbereiten, die für die Steigerung der deutschen Leistungsfähigkeit erforderlich sein werden, wie sie im wesentlichen in der Note vom 14. November unter weitgehender Zustimmung der Parteien untriften und von der Regierung wiederholt zugesagt worden sind.

Wir haben schon in unserer gestrigen Abendausgabe dargelegt, wie wenig wir das Schreiben der Industrie für „begreifenswert“ halten und wie wenig wir für gerechtfertigt halten, im Zusammenhang mit ihm von angebotenen Opfern zu sprechen. Wenn das, was die Regierung über die grundsätzliche Willigung und vorbehaltene Prüfung des Schreibens jagt, mehr sein sollte, als eine diplomatische Höflichkeitsschmelze, das heißt, wenn die Garantie der Wirtschaft nicht schließlich auf dem Wege der Befehlgebung andere Formen erhält, als die in dem Schreiben entworfenen, wird die Regierung mit dem entschiedensten Widerspruch der Sozialdemokratie zu rechnen haben.

### Sozialistisches Schaffen.

Von Ernst Reuter.

Wirtschaftliche Not zernagt die Existenz, zernüchert Leben und Gesundheit, Arbeitsfreudigkeit und hoffnungsvolles Boreauschauen der Millionenmassen, lähmt bei Zehntausenden und aber Zehntausenden Willen und Kraft zur Selbstbeauptung und zur Mitarbeit an der Zukunft der eigenen Klasse. Außerer Druck erschüttert den Bestand der Republik, läßt uns „keine frohen Tage leben“ und macht neue Aufbauarbeit fast zur Unmöglichkeit, ohne die Sammlung und Schulung der Massen für die große geschichtliche Aufgabe sozialistischer Schaffens fast zur Unmöglichkeit wird. Niemand leugnet, daß der Zusammenbruch des alten Regimes unendlich viel alten Schutts weggeräumt, der dem politischen sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg der arbeitenden Massen hindernd im Wege stand. Möge noch genug der Widerstände und der festen Burgen des alten absolutistischen Obrigkeitstaats gebrochen sein, er ist in seinen Wurzeln erschüttert, seine Wiederkehr erscheint unmöglich. Die Arbeiterschaft hat freie Bahn. Der Staat erscheint nicht mehr als die Unterdrückungsmaschinerie der bestehenden Klasse, er entwickelt sich vielmehr auch für die schaffenden Massen zum Fundament ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung. In Gemeinde, Staat und Reich in seine Poren einzudringen, ihn mit sozialem Geist zu durchdringen, die proletarischen Massen am Aufbau der Staatsgewalt zu beteiligen und zu interessieren, erscheint heute nicht mehr als unfruchtbarer Phantasie einzelner, sondern als die fast überall — wenn auch nicht immer gleichmäßig — klar erkannte Aufgabe der sozialistischen Parteien in den modernen Industrieländern mit freiheitlicher demokratischer Entwicklung.

Aber eben dieser Staat, dem das Proletariat nicht mehr fremd und feindlich allein gegenüberstehen kann (selbst die Kommunisten beginnen zu begreifen, daß man auf ihn Einfluß gewinnen muß und kann), kämpft einen beinahe verzweifeltten Kampf mit den Mächten der Wirtschaft, die seinem Einfluß sich zu entziehen suchen. In Deutschland tritt diese staatsfremde Tendenz der Wirtschaft aus manchen historischen und auch aktuellen Gründen vielleicht stärker in Erscheinung. Vorhanden ist sie in allen Ländern. So stark der politische Kampf tobt, die Wirtschaft erwies sich fast immer als die stärkere Macht. Das Zurückbleiben der politischen und wirtschaftlichen Ergebnisse der Revolution von 1918 hinter den Erwartungen der Arbeitermassen ist nicht nur die Folge eigener innerer Zersplitterung, widriger auswärtiger Verhältnisse, zerrütteter, durch den Krieg aufs schwerste erschütterter Finanzen und Wirtschaft, es ist weitaus in erster Linie die Folge mangelnder wirtschaftlicher Macht der Arbeiterschaft, des Staates, wie auch mangelnder wirtschaftlicher Erfahrung der Massen selbst. Wenn eins dafür beweiskräftig ist, dann die so außerordentlich interessanten, und gerade in ihren Einzelheiten viel zu wenig bekannten Erfahrungen der russischen Revolution. Auch das Denken der deutschen Sozialdemokraten war vor dem Kriege, wenn von sozialistischem Schaffen die Rede war, diktiert von der Vorstellung, die aus der Rechtslosigkeit der deutschen Arbeiter, wie aus dem Mangel an geschichtlicher Erfahrung verständlich war, der Vorstellung von dem „Tage nach der sozialen Revolution“. Sozialismus und Arbeit für den Sozialismus begann nach dieser Vorstellung nach der



politischen Revolution, die als die primäre Voraussetzung sozialistischer Wirtschaftsmaßnahmen galt.

Die russische wie die deutsche Revolution zeigen gleichermaßen, daß die Wirtschaft nicht dem Diktat des Revolvers, sondern der Leitung des Gehirns wie dem Schwergewicht wirtschaftlichen Einflusses folgt. Der Abstand zwischen erhofften Zielen und erreichter Wirklichkeit wäre zweifellos noch bedeutend größer, wenn nicht die organisatorische Geschlossenheit und Erfahrung der Arbeitermassen in Deutschland ihre großen gewerkschaftlichen Organisationen zu auch wirtschaftlich unentbehrlichen Faktoren des Produktionsprozesses gemacht hätte. Um so mehr gilt es zu begreifen, daß der Sozialismus so wenig wie der Kapitalismus erst nach einer Revolution plötzlich geschaffen wird, sondern in der Wirtschaft sich zu entwickeln beginnt. Freilich sich um so mehr zu entwickeln beginnt, je mehr die kommenden Träger sozialistischer Wirtschaft jede gemeinwirtschaftliche, genossenschaftliche und öffentlich-wirtschaftliche Position behaupten und ausbauen, sie zu wirtschaftlichen Zentren, Kristallisationspunkten wirtschaftlicher Macht des gemeinwirtschaftlich-sozialistischen Gedankens machen, der Erfolge letzten Endes nicht deswegen erringen wird, weil er Idealen und Träumen gläubiger Sozialisten entspricht, sondern weil er im wirtschaftlichen Kampf sich bewährt, sich als der rationellere und leistungsfähigere erweist und durch seine Leistungen in den Massen für sich wirbt. Sozialistische Wirtschaft läßt sich nicht durch Dekrete einführen, sie muß wirtschaftlich wachsen und sich entwickeln. Befehle können gewiß dieser Entwicklung Hemmnisse in den Weg legen oder sie auch beseitigen, können aber nicht öffentliche Gemeinwirtschaft auf dem politischen Befehlswege schaffen. Der Erfolg und die Leistung entscheiden.

Können wir heute nach den Rückschlägen, die wir unter der Nachkriegszeit erlitten haben, unter dem Druck der unge lösten europäischen Krise hoffen, solche Erfolge zu erreichen? Viele glauben das verneinen zu müssen und raten uns, uns auf die Sicherung der demokratischen Errungenschaften zurückzuziehen. Daß sie gesichert werden müssen, wer bestreitet es? Aber welche Demokratie kann auf die Dauer ihren Namen verdienen, in der nicht auch die Wirtschaft immer mehr unter demokratische Einflüsse gerät? Politische Errichte die Zeit nach der Revolution allen Sozialisierungs- und Kommunalisierungsmaßnahmen günstig, aber die wirtschaftlichen Verhältnisse gerade der öffentlichen Betriebe schienen den Gegner jeder öffentlichen Wirtschaft rechtzugeben. Statt eines Fortschritts auf dem Gebiet der Sozialisierung und Kommunalisierung erlebten wir empfindliche Rückschritte, wurden wir in die Defensive gedrängt und hatten wir Mühe, jeden Fuß gemeinwirtschaftlichen Bodens zu verteidigen. In den Gemeinden, in denen überall in Deutschland zu einer Zeit, in der der Einfluß der Sozialdemokratie höchstens ein moralischer war, die bürgerlichen Verwaltungen aus wirtschaftlichen Erfahrungen heraus, aus den Bedürfnissen ihrer Gemeinwirtschaft zunehmend zur Inbetriebsetzung großer Gemeindebetriebe übergingen, sahen wir die Gefahr der zunehmenden Entkommunalisierung drohen. Mangel an Finanzkraft bei den Gemeinden, Raubbau während des Krieges, der sich nicht sofort heilen ließ, starke gruppenegoistische Tendenzen der beteiligten Arbeiterschaft gefährdeten die Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Betriebe und verstärkten die Angriffsfähigkeit der robusteren, beweglicheren und finanziell stärkeren privaten Großkapitals, das seine Hand sogar nach den Eisenbahnen auszustrecken suchte, von den unaufhörlichen Versuchungen, die Betriebe der Großstädte in die Hand zu bekommen, ganz abgesehen. Die Verhandlungen über die Begleichung der Reparationszahlungen werden sicher dem Großkapital zu einem erneuten letzten Wortschlag auf die reichs-

eigenen Betriebe, vor allem auf die Eisenbahn, geben, die den Schlüssel zur restlosen monopolistischen Beherrschung des Wirtschaftslebens in die Hand gäbe. Daß die Arbeiterschaft diese immer wieder auftauchenden Pläne bis zum letzten Mann geschlossen abwehren muß, ist ja Gemeingut der gesamten Arbeiterbewegung, und auch innerhalb der bürgerlichen Kreise gibt es genug Abwehrenden dagegen, daß man hoffen kann, dieser Bestrebungen Herr zu werden. Die Gemeindebetriebe haben offensichtlich fast überall den Höhepunkt der Schwierigkeiten überwunden. Die in zahllosen Gemeinden jetzt vor sich gehende Reform der Wirtschaftsform der Gemeindebetriebe ist im Gegenteil vielmehr als eine Stärkung des gemeindlichen Besitzes anzusehen, der dazu übergeht, sich überall den gesteigerten Anforderungen an kaufmännische, technische und finanzielle Beweglichkeit anzupassen. Eine Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die nach der Begleichung der Reparationsdifferenzen einmal ja kommen muß, wird die Möglichkeit geben, auf dem vor dem Kriege geschaffenen Fonds gemeindlicher Wirtschaft neu weiterzubauen. Nur mit einem Unterschied. Die Arbeiterschaft hat inzwischen ihre Stellung in den Gemeinden und in der Öffentlichkeit so gestärkt, daß sie auf diesen Prozeß überall einwirken und ihn beschleunigen kann.

Gerade hier glauben die privatwirtschaftlichen Gegner des Sozialismus uns ein Fiasko prophezeien zu können. Sie berufen sich auf die Erfahrungen, die in der Nachkriegszeit mit dem Verhalten der Arbeiterschaft in gemeinwirtschaftlichen und für die Gesamtheit lebenswichtigen Betrieben gemacht worden seien. Sie verkennen dabei, daß diese gewiß vorhanden gewesenen primitiv-gruppenegoistischen Tendenzen („wir haben den Staat an der Gurgel“) durch die Praxis sehr bald korrigiert worden sind. Gewiß, die Not der Zeit erschwert Tausenden das Verständnis dafür, daß der Aufbau sozialistischer, gemeindlicher, genossenschaftlicher und öffentlicher Wirtschaftsbetriebe Hingabe und Opferung gerade der Arbeiterschaft erfordert, daß solche Betriebe nicht unter dem Gesichtspunkt bequemerer und besserer Existenzbedingungen allein betrachtet werden dürfen, daß das Bewußtsein, Träger und Mitarbeiter an neuen Wirtschaftsformen zu sein, zu einem der stärksten Antriebe auch der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit der öffentlichen Betriebe werden muß. Aber wir können nicht verkennen, daß die Not auch sonst anormale Verhältnisse geschaffen hat und daß gerade hier ein Wandel unverkennbar, die Einsicht in die wirtschaftlichen Bedingungen und Notwendigkeiten ungemein gewachsen ist. Wir haben keine Veranlassung, nicht anzunehmen, daß die Arbeiterschaft, die zur Hauptträgerin des Staatsgedankens geworden, deren Gemein sinn sich als dem anderer Kreise mindestens ebenbürtig, wenn nicht überlegen gezeigt, nicht auch hier mancher innerer Schwächen sollte Herr werden.

Wir haben zu nichts weniger Veranlassung als zu müder Resignation. Wir haben nur eine Pflicht: die Pflicht unserer mühsameren Arbeit. Die sozialistische Gesellschaft und Wirtschaft, sie wird uns weder geschenkt noch in einer Revolution von „entschlüssenen Hunderttausenden“ geschaffen, sie erwächst aus den Bedürfnissen der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung, sie erwächst aus unserer Arbeit und unserem Willen und Wirken. Gehen wir an diese Arbeit, zeigen und leisten wir in ihr Erfolge, dann werden wir am ersten lächelnden Kleinglauben bannen und im Schaffen an neuen großen Zielen, an dem Werden neuer wirtschaftlicher gesellschaftlicher Macht der Gesamtheit die Massen wieder neu zu Taten sammeln.

Der Völkerbundkommissar in Danzig hat auf Ersuchen der polnischen Regierung in der Hafenbesitzfrage eine Entscheidung getroffen, die jedoch abermals gegen Polen ausgefallen ist.

## Die Internationale der Dummheit.

**Nationaler Block und Deutschvölkische gegen Hamburg.**  
Paris, 28. Mai. (EP.) Der „Temps“ schreibt zu den Beschlüssen des Hamburger Sozialistenkongresses: Der Kongreß habe sich um die Lage gedreht, in die Deutschland durch den Versailler Vertrag und die Ruhraktion verwickelt worden sei. Alle Entschlüsse verfolgten den einzigen Zweck, Deutschland aus den Fesseln des Versailler Vertrages zu befreien. Die neue Internationale werde, wie die Vorkriegsinternationale unter dem Einfluß der deutschen Sozialdemokratie stehen was schon dadurch zum Ausdruck komme, daß Deutschland im Vollzugsausschuß 30 und Frankreich nur 16 Stimmen habe. Die in Hamburg improvisierte Internationale erscheine somit in der Hauptsache als eine Kriegsmaschine (!), um das Proletariat aller Länder zu einem Feldzug zugunsten der Revision des Versailler Vertrages zu vereinigen. Es sei bezeichnend in einem Augenblick, wo kein Franzose und Belgier mit Sicherheit in Deutschland reisen könne und wo sich alle Lote vor ihnen verschließen. Die sozialistischen Redner Frankreichs, die von den Deutschen bekaufte würden, wählten ganz gut, was sie von wieder-gewonnenen Sozialisteneinheit zugunsten ihres Landes erwarten dürften.

Zur gleichen Stunde, als das offiziöse Organ der Regierung Poincaré diese Beschimpfungen gegen die neue Arbeiterinternationale und besonders gegen unsere französischen Genossen ausließ, erschienen im Berliner Organ der völkischen Bulle-Gruppe, dem „Deutschen Tageblatt“, ähnliche Berichtigungen des Hamburger Kongresses.

## Schulprobleme in Schleswig.

Durch Rikhus Bureau werden Äußerungen des dänischen Unterrichtsministers Appel zu der Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten Genossen Braun veröffentlicht. Es ist erfreulich, wenn auch Minister Appel warm für ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und Dänemark eintritt und im Namen seiner Regierung und sämtlicher dänischer Parteien von politischen Bestrebungen abrückt, die die deutsch-dänische Grenze zugunsten Deutschlands weiter zu verschieben wünschen. Im Irrtum befinden sich der Herr Minister und seine Freunde aber, wenn sie annehmen, daß dänischen Minderheiten in Deutschschleswig gehe es so schlecht, daß sie von dänischer Seite unterstügt werden müßte. Zu welchen Zwecken diese Unterstügungen tatsächlich mißbraucht werden, hat Ministerpräsident Braun in seinen Erklärungen angedeutet. Minister Appel vermeldet es leider, darauf einzugehen. Es wäre wünschenswert, wenn die dänische Regierung über die Verwendung des „Kulturfonds“ Nachforschungen anstelle und bei dieser Gelegenheit sich auch eingehender von der nicht immer heilsamen Tätigkeit der dänischen Presse auf deutschem Boden überzeuge.

Wenn Minister Appel bei den Klagen über schulpolitische Hemmnungen der deutschen Minderheiten in Dänemark konkrete Beispiele vermisse, so ist das berechtigt. In dieser Hinsicht wird Versäumtes nachgeholt sein. Wenn dann aber der Herr Minister seinerseits sich darüber beklagt, daß die dänischen Schüler auf deutschem Boden weniger Rechte haben als die deutschen in Dänemark und damit die Bewilligung des Kulturfonds begründet, so vermissen wir hier unsererseits Beispiele aus dem Prags.

## Poincaré meidet Theunis.

Die Verhandlungen zwischen Paris und Brüssel über das Zustandekommen einer französisch-belgischen Konferenz dauern fort. Die belgische Regierung versucht, offenbar durch die englische und die italienische ernutigt, diese Aussprache möglichst bald zu veranlassen, während Poincaré die Angelegenheit, wie es scheint, dilatorisch behandelt, um seine Begegnung mit Theunis zu vertagen. Bisher scheint er jedoch erreicht zu haben, daß man mit einer Zusammenkunft vor Mitte der nächsten Woche kaum mehr rechnet.

## „Weltgericht“.

Von Joseph Roth.

Motto: „Angesichts der Schwere der Verantwortung...“

Cäsaren, Heerführer und jene, auf deren Schultern die Treffen der Verantwortung liegen, nennen das Weltgericht ihr zuständiges Forum. Vorgesetzte jener Menschen, die keine Vorgesetzten auf Erden haben, ist die Weltgeschichte, von der ein Dichter sang, sie sei das Weltgericht. Unerklärlich ist das Vertrauen der Menschheit in diese letzte, reichlich späte Instanz. So unerklärlich, daß sich die Menschen freiwillig teilen in Subordinierte und solche, die der Weltgeschichte zur Verfügung stehen, um von ihr gerichtet zu werden...

Indessen ist die Weltgeschichte gewissermaßen ein Nachnahme-Weltgericht. Ihr Urteil fällt, wenn der Angeklagte nicht mehr erreichbar und bereits zu seinen Vätern eingegangen ist; und dem Geschehen Unrecht bleibt übrig, als zum Himmel zu schreien.

Es ergibt sich bei näherer Betrachtung, daß die Weltgeschichte selbst aus jenen Ungerechtigkeiten zusammengesetzt ist, gegen die sie Anklage erheben soll. Sie ist ein juristisches Monstrum: Delikt, Staatsanwalt und vollziehende Strafgewalt in Einem.

Sie verkündet ihr Urteil durch den Mund der sogenannten „Nachwelt“, die stets bereit ist, alle Ungerechtigkeiten, insofern sie alt sind, zu verdammen und — neue zu arrangieren. Das Urteil über diese neuen pflegt die „Nachwelt“ wieder der „Weltgeschichte“ zu überlassen...

Was aber bedeuten der Weltgeschichte ein paar Jahrzehnte? Sie bedenkt nicht, daß die Schuldigen irdischen Gesetzen gemäß sterben müssen und sich dem Weltgericht durch Ableben entziehen. Auf der großartigen historischen Weltanklagebank werden nur ihre Namen Platz nehmen.

Der säumige Postbote ist bei lebendigem Leibe erreichbar. Ueber ihn hat Gott einen Postamtsdirektor gesetzt. Ueber dem Postamtsdirektor hängt der Postminister — aber wer richtet den Minister, wenn er nicht eine postalische Dummheit, sondern einen Weltkrieg verursacht? Das „Weltgericht“! Wer aber fürchtet ein Gericht, das den Beklagten nur zu einer einzigen harmlosen Strafe verurteilen kann: nämlich: Zeit seines Todes mit einem unangenehmen Attribut behaftet zu sein. Zum Beispiel: „Awan, der Graufame“; oder: „Katharina, die Blütige“...

Fürwahr! Ein Schöffengericht ist wirksamer denn ein Weltgericht! Der Schuhmann vom Potsdamer Platz kann mehr als die Weltgeschichte! Und denkt mich die Mittelwelt auch nicht sehr vertrauenswürdig — fastbar ist sie eher als die Nachwelt!

Die kann man also mit Hoffnung auf Erfolg an die Einsicht eines nur der Weltgeschichte Verantwortlichen appellieren? Wen fürchtet zum Beispiel Poincaré?

Den säumigen Postboten ereilt die Strafe für ein geringes Vergehen sofort. Ein Politiker, der Blutüber verschuldet, darf an Ver-

teidigungsmemoiren arbeiten für die „Nachwelt“, die er gar nicht mehr erleben wird!

Ueberhaupt ist die Weltgeschichte unzuverlässig. Von den Pharaonen und Hohenzollern läßt sie nur großartige Pyramiden und Monumente stehen, — aber ihre Edikte und Rankünen sind vergessen.

Wirksamer als die Angst vor der Weltgeschichte wäre eine Angst vor dem Teufel. Er hat Flammenzungen, Schweif und Hörner und ist unentbehrlich für die Politik. Er könnte uns das „europäische Gleichgewicht“ wiederbringen, das er sich geholt hat...

**Gedächtnisfeier für E. W. Röntgen.** Am Sonntag fand in der neuen Aula der Universität im Beisein des Reichspräsidenten und der Vertreter des Kultusministeriums eine Gedächtnisfeier für den Forscher E. W. Röntgen statt, veranstaltet von der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, von der Deutschen Gesellschaft für technische Physik und der Berliner Röntgen-Vereinigung. Die Feier wurde eingeleitet und geschlossen mit weihvoller Musik, die vom Akademischen Orchester der staatlichen Hochschulen ausgeführt wurde. Prof. Koch (Hamburg), früherer Schüler und Assistent von Röntgen, gab einen kurzen ätheren Lebensbildbericht des Forschers und führte aus, daß der Verstorbene auch ohne seine weltberühmte Entdeckung in der wissenschaftlichen Welt an erster Stelle gestanden hätte. Seine zahllosen Arbeiten auf allen Gebieten der Physik haben trotz der enormen Fortschritte der technischen Physik ihren Wert bis jetzt behalten. Seine große Fachbesehrtheit machte ihn mit allen physikalischen Gebieten vertraut, so daß er keine Spezialarbeiten immer auf ganz allgemeiner Grundlagede aufbauen konnte. Neben seiner Forscherstätigkeit wirkte er unermüdet als stets hilfsbereiter Lehrer.

Dr. G. Gehlhoff (Berlin) skizzierte die technische Entwicklung der Röntgenologie und die ganze Tragweite der Entdeckung in physikalischer, medizinischer, technisch-physikalischer und industrieller Hinsicht. Und er bezeichnete als das Geniale von Röntgen, daß dieser der ganzen Entwicklung seinen Stempel zu geben verstand. Wenn wir jetzt einerseits die feinsten Lungengewebe, andererseits die Panzerplatten und Isolatoren auf Risse durchstrahlen können, wenn wir in Glühlampendrüsen nach Qualität und Quantität vollständig regulierbare X-Strahlen-Sender besitzen, wenn wir in unserer Materialuntersuchung bis zu der Welt der Röntgenstrahlen und Atome vorgebrungen sind, so haben wir es vor allem Röntgen zu danken.

Prof. Dr. Levy-Dorn endlich betonte die therapeutische Seite der Entdeckung. Alle Gebiete der Medizin haben von ihr profitiert. Keine einzige Methode erlaubt eine so sichere und schnelle Diagnose. Die Durchleuchtung erlaubt die Beobachtung der Organe in Bewegung, in Ausübung der Lebensfunktionen, erlaubt die Feststellung der Bös- oder Gutartigkeit der Erkrankung. Natürlich erfordert die Arbeit mit Röntgenbildern eine besondere Übung und eine besondere Technik, natürlich müssen neben ihr auch die anderen Methoden angewandt werden, aber der Fortschritt in der Diagnose der Krankheit und die Möglichkeit, alle Organe des Körpers derart zu beeinflussen, daß krankes Gewebe zerstört und gesundes erhalten wird, bedeuten den Beginn einer neuen Ära der Medizin. Und es ist ein Zeichen für Röntgens Gesinnung, daß er keine Entdeckung durch seine Patente geschützt, durch seine Rechte zu eigenem Nutzen ausgewertet hat, sondern sie der ganzen Menschheit schenkte.

**Spaltung des Vereins Berliner Künstler?** Wie wir hören, hat sich eine Reihe von jüngeren Mitgliedern des Vereins Berliner Künstler zu einer „Arbeitsgemeinschaft“ zusammengelunden und die dabei gefassten Beschlüsse dem Vorstand und den Vertrauensmännern vorgelegt. In einem Rundschreiben an die Vereinsmitglieder heißt es: „Als Vereinigung von Künstlern können wir nur mit künstlerischen Mitteln demonstrieren und repräsentieren. Wir wollen daher — zunächst ohne Umbau — die Räume des Vereins, insonderheit die Ausstellungsräume, neu und zweckmäßig herrichten und in diesen Räumen dann im Oktober-November 1923 eine Herbstausstellung des VBK veranstalten. Dazu bitten wir schon jetzt jedes einzelne Mitglied, dem in der letzten Hauptversammlung gewählten künstlerischen Beirat — Prof. Blotke, Arnold, Blaczel — eine erstklassige Arbeit für den September zur Verfügung zu halten, denn nur eine Qualitätsausstellung, die für Berlin ein Ereignis sein muß und nicht aussehen darf wie ein „besseres“ Saal der früheren „Großen Berliner“, kann die Lage für uns günstig beeinflussen, uns die Sympathie der Öffentlichkeit gewinnen... Dieser letzte Versuch der Wiederaufrichtung muß unternommen werden, wenn der Verein nicht im Chaos versinken soll.“

Eine Auffrischung läte dem altersschwach gewordenen Verein dringend not. Die dazu nötigen Kräfte würden sich unter seinen Mitgliedern wohl finden, fraglich ist es nur, ob die Verlangungskur ohne einen operationen Eingriff möglich ist oder ob sie schließlich nicht zu einer neuen Sezession führen muß.

**Mehr Kinderschuh in der Filmindustrie!** Zu dem Kräftel in Nr. 235 vom 23. Mai wird uns aus dem Reichsministerium des Innern geschrieben:

Die Vorarbeiten für die vom Reichstag geforderte Neuordnung des Lichtspielgesetzes sind in vollem Gange. Die Novelle ist im Referententwurf bereits fertiggestellt, der zunächst Gegenstand von Beratungen innerhalb der Ressorts ist und nach weiteren Vorgesprächen mit den Verbänden und Vertretern der Industrie den gesetzgebenden Körperschaften zugehen wird.

Die von der Abg. Frau Bohm-Schuch ausgemerkte Frage des gesetzlichen Schutzes von Kindern bei Filmaufnahmen kann jedoch im Rahmen des Lichtspielgesetzes nicht gelöst werden, da dieses Gesetz sich lediglich mit der Bildstreifenherstellung befaßt, während etwa notwendige Maßnahmen auf dem Gebiete des Kinderschutzes im Rahmen des Gesetzes über Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben vom 30. März 1903 zu treffen sind. Auf die Anregung der Abg. Bohm-Schuch war das Reichsministerium des Innern noch im Dezember 1922 mit dem Reichsarbeitsministerium in Verbindung getreten, das eine Prüfung angefordert hat, ob die Aufnahme besonderer Vorschriften über die Wirkung von Kindern bei Filmaufnahmen in dieses Gesetz notwendig ist. Im übrigen haben Erkundigungen ergeben, daß Mißstände hier bisher nicht hervorgetreten sind. Die Frage der Beurlaubung von Schulfürdern zu Filmaufnahmen ist Gegenstand eines Erlasses des Berliner Provinzialschulkollegiums vom 9. Januar 1923, wonach die Beurlaubung von einer genauen Prüfung abhängig ist, daß weder für die Gesundheit noch für die Sittlichkeit der Kinder Gefahren zu befürchten sind.



# Regierung und Arbeitsgemeinschaft.

## Warnung vor Stresemann.

Einen Beschluß, der die politische Lage in interessanter Weise beleuchtet, hat der Parteitag der Hamburger Deutschnationalen gefaßt. In ihm gibt der Parteitag der Erwartung Ausdruck, daß das Kabinett Cuno seinen „bis zu dem unglücklichen Angebot eingegangenen Standpunkt wieder aufnimmt und den Einflüssen des Herrn Dr. Stresemann ebenso fest gegenübertritt wie denen der Sozialdemokratie“.

Stresemann ist der Führer der Arbeitsgemeinschaft, auf die sich die Regierung Cuno stützt. Der Hamburger Parteitag der Deutschnationalen aber gibt der Erwartung Ausdruck, daß der Reichskanzler den Einflüssen Stresemanns „fest entgegenzutreten“ werde. Dasselbe soll gegenüber der Sozialdemokratie geschehen. Einen Standpunkt, wie ihn der Hamburger Parteitag der Deutschnationalen einnimmt, kann man nur einnehmen, wenn man in der Regierung Cuno ein deutschnationales Minderheitskabinett erblickt.

Unter diesen Umständen gewinnt ein Artikel der „Zeit“, des offiziellen Organs der Volkspartei, der sich gegen alle Krisengerüchte wendet, besondere Bedeutung. Die „Zeit“ setzt sich energisch für ein Verbleiben der gegenwärtigen Regierung im Amte ein und schreibt:

Der Zusammenhang der diplomatischen Aktion deutet gerade im jetzigen Augenblick keinen Wechsel. Das Kabinett Dr. Cuno ist auch durchaus imstande, den Faden weiterzuspinnen. Es kann allerdings eins nicht: Die Summe erhöhen, die in der ersten Note von ihm als Betrag der deutschen Leistungsbereitschaft und Leistungsmöglichkeit genannt worden ist. Daraus kommt es aber auch bei der Fortsetzung des Notenwechsels nicht an. Es gibt eine Anzahl von greifbaren Anknüpfungspunkten, die ohne ein Eingehen auf die Endsumme die Fortsetzung der Diskussion, d. h. also dasjenige, worauf es im Augenblick ankommt, durchaus gestatten.

Die „Zeit“ erklärt dann weiter, die Arbeitsgemeinschaft sei „vollkommen von der Notwendigkeit durchdrungen, daß das Kabinett Cuno am Ruder bleibt und die Verhandlungen weiterführt.“ Daraus ergibt sich, daß eine Mehrheit, die bereit wäre, die Regierung Cuno durch eine andere zu ersetzen, zurzeit nicht vorhanden ist.

## Eine deutschvölkische Belehrung.

Die „rote Fahne“ richtete in ihrer Sonntagsausgabe an die Reichsregierung die etwas dunkle Aufforderung, die „Wortbege gegen die kommunistische Partei“ einzustellen, andernfalls die R.D. das Schweigen brechen werde. Das bringt die völkische „Deutsche Zeitung“ aus dem Häuschen. Sie schreibt:

„Was soll das heißen? Entweder handelt es sich lediglich um leere Drohungen gegen die „kopflöse“ Regierung, oder die „rote Fahne“ glaubt wirklich, etwas zu wissen, womit sie Hochverrat begehen kann. In beiden Fällen müßte aber doch sofort energisch zugegriffen werden. Die Regierung kann sich solche freche Kampfansage unmöglich länger gefallen lassen!“

Erinnert sich vielleicht die „Deutsche Zeitung“ daran, daß der in deutschvölkischen Kreisen nicht ganz unbekannt Reithold Wulle vor kurzem in einer sehr diskreten „nationalen Sache“ öffentlich Sturm gegen Herrn Cuno (sic) und mit weiteren kompromittierenden Indiskretionen drohte? Nach der Auffassung der „Deutschen Zeitung“ ist Herr Wulle also ein Hochverräter, demgegenüber „sogar energisch zugegriffen“ werden müßte. Das ist ein Sinneswechsel, den man mit Genugtuung verzeichnen kann.

## Regierungsbildung in Württemberg.

Aus Stuttgart wird uns geschrieben: In Württemberg ist durch den Tod des dem Zentrum angehörenden Innenministers Graf eine Umbildung der Regierung notwendig geworden, die voraussichtlich eine Verschiebung innerhalb der drei Koalitionsparteien (Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum) zur Folge haben wird. Während nämlich im württembergischen Landtag die Sozialdemokraten durch 27, das Zentrum durch 23 und die Demokraten durch 17 Abgeordnete vertreten sind, hatte das Zentrum bisher von den 5 Ministerposten zwei (Justiz und Inneres) und die Demokraten ebenfalls zwei (Kultur und Finanzen, wobei Kultusminister Hieber gleichzeitig noch das Amt des Staatspräsidenten ausübt) inne, während die Sozialdemokratie als stärkste Partei nur durch den Genossen Keil als Arbeits- und Ernährungsminister vertreten war. Mit vollem Recht fordert deshalb jetzt die Sozialdemokratie bei den Verhandlungen zwischen den Koalitionsparteien, daß ihr ein ihrer Stärke im Parlament entsprechender Einfluß in der Regierung eingeräumt wird. Zwar haben Zentrum und Demokraten den Anspruch unserer Partei als berechtigt anerkannt, aber den Forderungen der Sozialdemokratie in der Praxis Rechnung tragen, dazu konnten sie sich in den bisherigen Verhandlungen noch nicht verstehen, so daß die Neubildung der württembergischen Regierung noch völlig in der Schwebe ist.

## Baldwin Führer der Konservativen.

London, 28. Mai. (U.) Der neue Premierminister Stanley Baldwin wurde in der heutigen Versammlung der konservativen Partei einstimmig und mit Begeisterung zum Führer der Partei gewählt. In der Versammlung wurde zuerst eine von Lord Derby vorgebrachte Resolution angenommen, in der tiefes Bedauern über den Rücktritt Bonar Laws zum Ausdruck kommt. Curzon sowohl wie Derby widmeten dem gewesenen Ministerpräsidenten herzliche Worte. Daraufhin schlug Curzon die Wahl Baldwins zum Führer der Partei vor. Er sprach von seinen eminenten Fähigkeiten und seinem glänzenden Charakter und appellierte an die Partei, Baldwin einstimmig zu wählen. Dies geschah.

Baldwin dankte. Dieser Tag bedeute viel in der Geschichte der konservativen Partei, da sie nunmehr völlig und praktisch geeint sei. Die neue Regierung müsse Bonar Laws Politik weiterführen, sie dürfe mit ihr nicht brechen. Sie müsse sich streng an die Lehren Disraelis halten. Eine dieser Lehren sei die, daß sie nicht vergessen darf, das Wohl der industriellen und landwirtschaftlichen Bevölkerung Auge zu behalten. Eine andere Lehre sei die von der Entwicklung und der Einigung des britischen Reiches. Aber die Entwicklung werde nur langsame Fortschritte machen, und wenn mittlerweile sich Europa vor seinen Augen völlig auflöse, könne nichts mehr England vor dem Weiterbestehen der Arbeitslosigkeit behüten. Unter diesen Umständen habe er den Posten des Schatzkanzlers Mac Kenna wegen seines finanziellen Genies und seines wohlbekannten Strebens nach wirtschaftlichem Ausgleich angeboten, und er sei erfreut, daß Mac Kenna bereit sei, dies Opfer zu bringen. Daraufhin wurden Baldwin lebhaftere Ovationen von seiner Partei zuteil, als er im Unterhause erschien, das heute wieder zusammengetreten ist. Der Führer der Arbeiterpartei und der Liberalen, Ramsay MacDonald, Lloyd George und Asquith beglückwünschten ihn. Gleichzeitig drückten sie ihre Anteilnehmenden Gefühle für Bonar Laws aus.

# Die Unruhwelle.

## Die Folgen der rapiden Lebensmittelerhöhung.

Dortmund, 28. Mai. (Eig. Drahtber.) Die Bewegung in Gelsenkirchen Dortmund und Bochum, also in den eigentlichen Industriezentren des Ruhrgebietes, erinnern in ihren Einzelheiten an die Bewegung im Frühjahr 1919. Wie damals der Zusammenbruch, so hat jetzt die Invasion der Franzosen und Belgier eine gewisse geistige Unrast in die Arbeiterschichten gebracht, die von einer kleinen Schicht verantwortungsloser Hege benutzt wird, um Zechen, Gaswerke und Fabriken stillzulegen, ohne überhaupt irgendwelche klare Richtlinien wirtschaftlicher oder politischer Art damit zu verfolgen.

Die Arbeiterschaft wehrt sich im allgemeinen gegen das Treiben dieser Terroristen. Überall hört man, daß nur unter dem Zwange des Terrors die Arbeitsstellen verlassen werden. Eine heftige Gegenaktion aus den Reihen der Arbeiterschaft selbst, wie sie 1919 erfolgte, hat bis jetzt noch nicht eingesetzt. Es wäre aber völlig verfehlt, die Bewegung nur auf die Hege und die ausländische Provokation zurückzuführen.

Der Zusammenbruch der Stützungsaktion hat große Anruhe in die Bevölkerung getragen.

Zur Explosion kam es, als die Händler, nachdem der Dollar stieg, die Preise dem Stande des Dollars anpaßten. Das geht besonders daraus hervor, daß sich die Bewegung zunächst gegen die ungeheure Steigerung der Preise für Fette und Fleisch auf dem Gelsenkirchener Fleischmarkt wandte. Unter der Parole Preisabbau gingen hier die ersten Egzekute vor sich. Die wirtschaftlich schwere Lage der arbeitenden Bevölkerung ist nicht zu verkennen. Arbeiter und Angestellte — und es kommen besonders Arbeiter in Betracht — haben von den Werten große Vorschüsse erhalten, die jetzt zum Teil einbehalten wurden. So trat der Fall ein, daß Familienväter nur 20-, 40- und 60tausend Mark ausgezahlt erhielten. Die Mißstimmung wurde noch durch die infolge des Wertrückganges der deutschen Mark eingetretene Haufe gesteigert. Außerdem macht man den Berliner Stellen den Vorwurf, daß sie die

### Lohnregelung verschleppt

haben, und dieser Vorwurf ist berechtigt, weil in dieser Beziehung viel schneller und energischer eingegriffen werden mußte. Die Bureaukratie, die man an vielen Stellen in Berlin findet, richtet größeren Schaden an, als man in der Reichshauptstadt wohl denkt.

Der Einfluß der örtlichen kommunistischen Agitation ist nicht zu verkennen. Die Hege, die von kommunistischer Seite und den Unionisten wochenlang in Presse und Versammlungen betrieben wurde, mußte schlimme Folgen haben. Auf jeden Fall hat die kommunistische Hege das terroristische Treiben begünstigt. Auf diesem Boden ist auch die Tätigkeit französischer Agenten, die ohne Frage ihre Hand im Spiel haben, erst möglich geworden, wenn auch direkte Beweise für diese Tätigkeit französischer Spion und Provokateure noch nicht zu erbringen sind. Wie weit die Rechtsorganisationen die Bewegung für ihre besonderen Zwecke benutzen, kann ebensowenig festgestellt werden. Fest steht, daß in den sogenannten proletarischen Wehren sich vielfach fremde Gestalten befinden, über die man im Zweifel sein kann, ob sie rechts oder links gerichtet sind. Viel besprochen wird die Tätigkeit des Selbstschutzes. Wir haben uns im Klaren über die Zusammenfassung des Gelsenkirchener Selbstschutzes eifrig bemüht und festgestellt, daß sich der Hauptteil aus Kaufleuten jüdischen Glaubens zusammensetzt, denen sich Parteigenossen und freiorganisierte Gewerkschaftler angeschlossen haben. Wenn sich rechtsgerichtete jüdische Elemente zu diesem Selbstschutz gefunden haben, so können diese nur einen kleinen Bruchteil ausmachen. Die Zahl könnte sich höchstens auf ein Duzend belaufen. Allerdings hat der Selbstschutz in Gelsenkirchen eine große taktische Dummheit begangen, indem er am Mittwoch nach den Vorfällen auf dem Gelsenkirchener Markt die Bahnhofstraße absperrte, um eine kommunistische Versammlung im Kristallpalast zu verhindern. Erreicht wurde nur, daß sich Ansammlungen bildeten und es zu den ersten Zusammenstößen kam. Das war nur möglich, weil die in Frage kommenden Städte durch die französische Besatzung systematisch von der Schutzpolizei entblößt waren.

Dortmund, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In Dortmund und im Landkreis Dortmund ist es, abgesehen von kleineren Zwischenfällen, am Montag ruhig geblieben. Auf der Zeche Mont Genis haben sich in einer Abstimmung von 450 Abstimmenden 360 für Arbeitswiederaufnahme ausgesprochen. Neu in den Streik getreten ist die Zeche Erin. In Hörde ist es seit dem 26. Mai abends zu neuen Unruhen nicht gekommen. Die Zugangsstraßen nach Hörde sind von den Franzosen abgesperrt. Im Landkreis Hörde dauern die Zechenstreiks trotz zunehmender Arbeitswilligkeit aus Furcht vor dem Terror der Aufreißer an. Die Provinzialstraße Dortmund-Bochum ist im Landkreis Hörde von französischem Militär abgesperrt. Radikalistische Elemente werden angehalten und zurückgeschickt. In Bochum ist es mit Ausnahme kleinerer Zwischenfälle am Montag ruhig geblieben. In Gelsenkirchen-Stadt ist es ruhig. Auf den Zechen des Gelsenkirchener Bezirks hat sich die Lage jedoch verschärft. Auf einer Reihe von Zechen sind heute morgen die Belegschaften von kommunistischen Elementen herausgeholt worden, obwohl etwa 90 Proz. der Arbeiter arbeitswillig sind. In Witten wird mit Ausnahme dreier Betriebe in sämtlichen Werken gearbeitet. In Herne ist die Streiklage unverändert. Am Montagmorgen fand vor dem Wittenen Rathaus eine Demonstration statt, weil der Magistrat die Forderung der Streikenden auf Bildung eines nur aus Kommunisten bestehenden Selbstschutzes und Anerkennung eines gleichfalls rein kommunistischen Kontrollausschusses abgelehnt hatte. In Essen versuchten am Montag Menschenansammlungen, auf dem Wochenmarkt Preisherabsetzungen vorzunehmen. Zu größeren Unruhen kam es nicht. In Reddinghausen hat sich der Streik im Bergbau auf die Zechen 1 und 2 und 3 und 4, Julia und General Blumenthal 1-2 ausgedehnt. In Bottrop, wo es am 26. Mai auf dem Wochenmarkt zu Preisherabsetzungen gekommen war, ist durch die Stadt eine 120 Köpfe starke Gewerkschaftspolizei, in die auch 40 Kommunisten aufgenommen sind, gebildet worden.

### Terror in Gelsenkirchen.

Elberfeld, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der heutige Tag ist bis in die Abendstunden verhältnismäßig ruhig verlaufen. In Dortmund und Bochum hat man den Eindruck, als ob die Kraft der Bewegung noch lange nicht gebrochen ist. Der Funke ist heute Übergangspunkten nach dem Düsseldorf-Bezirk, wo von den Kommunisten und Unionisten eine roge Streikagitation entfaltet wurde. Auf dem Hindenburgwall fanden erhebliche Ansammlungen statt. Die Elektrizitätsarbeiter stehen im Streik.

### In Dortmund haben die

### Solarbeiter den Streik beschlossen.

Die Elektrizitäts- und Gasarbeiter haben einen 24stündigen Sympathiestreik für die Auffständischen proklamiert. Der vernünftige Teil der Arbeiterschaft wendet sich gegen die Auswüchse der Aufreißer. Auf der Zeche „Westhausen“ hat eine Abstimmung gegen den Streik stattgefunden, in der 628 Stimmen für und 573 gegen den Streik abgegeben wurden.

### In Bochum erfolgte ein neuer

### Sturm auf das Feuerwehrepoth.

Unser Parteiorgan in Gelsenkirchen will aus guter Quelle erfahren haben, daß bei den Angriffen die Absicht bestand, das Depot mit Dynamit in die Luft zu sprengen. Die Franzosen haben die Bewegung gesprengt. 5 Tote und 69 Schwerverletzte sind zu beklagen. Zu einem erneuten Aufstand kam es am Nachmittag in Gelsenkirchen. Eine Menge von 3000 Personen bewegte sich nach dem

Zechenplatz der dem preussischen Staat gehörigen Zeche „Hibernia“ in der Nähe des Hauptbahnhofs. 110 Bergarbeiter, die arbeiteten, wurden ans Tageslicht geholt. In Arbeitskleidung wurden sie durch die Hauptstraße getrieben und mußten Schilde tragen, auf denen u. a. stand: „Wir sind die Streikbrecher von Hibernia.“ Auf der Zeche „Consolidation“ sind die noch arbeitenden Grubenarbeiter ebenfalls aus der Grube herausgeholt worden. Die Empörung über dieses Vorgehen ist allgemein. Die kommunistische Partei erklärt, daß sie für diese Vorfälle nicht verantwortlich sei.

Der kommandierende französische General in Reddinghausen hat dem Oberbürgermeister mitgeteilt, daß er keine Veranlassung habe, sich in die deutschen Streitigkeiten einzumischen (!). Er könne es auch nicht erlauben, daß seine Truppen Polizeidienste versehen. Er hat aber zu verstehen gegeben, daß er eingreifen würde, wenn sich die Lage verschlimmert.

Dortmund, 28. Mai. (W.B.) Die Lage ist seit Sonnabend abend unverändert. Auf der Zeche Tremonia sind 350 Mann von der etwa 2000 Mann betragenden Belegschaft eingefahren.

Reddinghausen, 28. Mai. (W.B.) Hier streiken die Zechen Emischer-Elpe, Reddinghausen 1 und 2, König Ludwig, General Blumenthal 1 und 2. Laut Befehl des Generals Degoutte werden ab 29. Mai öffentliche Ansammlungen nicht mehr gestattet.

## Die Dresdener Vorfälle.

### Die Spannung in Dresden hält an.

Dresden, 28. Mai. (W.B.) Ueber die Vorgänge der letzten Tage verbreitet die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei eine Notiz, in der es heißt: Ueber angebliche kommunistische Krawalle in Dresden sind allerlei Redungen, vornehmlich in außerschlägischen Blättern gebracht worden, die eine sehr übertriebene Darstellung der Vorgänge der letzten Tage geben. Es sind verdächtige Agenten und Persönlichkeiten beobachtet worden, von denen anzunehmen ist, daß sie mit den Demonstrationen in Verbindung stehen und daß sie Interesse daran haben, übertriebenen Redungen nach auswärts zu geben. — Plünderungen, wie sie in einzelnen Nachrichten behauptet werden, sind nicht vorgekommen, auch ernstere Zusammenstöße mit der Polizei haben nicht stattgefunden, nur an einigen Stellen ist es zu unbedeutenden Schlägereien gekommen. Von besonderen Maßnahmen in Zwickau ist ebenfalls keine Rede. Die Regierung wird im übrigen alle Maßregeln treffen, um die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Dresden, 28. Mai. (U.) Die Spannung in der Gesamtsituation der Bevölkerung hält noch immer an. Die Geschäfte müssen immer noch dem Druck der Erwerbslosen nachgehend geschlossen halten, wenn auch große Demonstrationen nicht mehr stattgefunden haben. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ist jedoch durch die Fortdauer der Schließung der Geschäfte immer gefährdeter geworden. Der Polizeipräsident erließ heute eine Verordnung, in der er nachdrücklich an die Einhaltung der Beschränkungen appelliert, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Jede Störung des Erwerbslebens, die die Lebensmittelvesorgung gefährden würde, würde von der Ordnungspolizei nachdrücklich bekämpft werden. Außerdem stellte der Polizeipräsident in Aussicht, daß für Minderbemittelte Gelder und Nahrungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Im Laufe des Vormittags trat der

### Rat der Stadt Dresden

zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Es wurde beschlossen, um eine weitere Schädigung des Wirtschaftslebens zu verhüten, durch Bereitstellung von Unterstützungsmitteln den Erwerbslosen nachzugeben. Man bewilligte in Anerkennung der Dringlichkeit ein Berechnungsgebid von 500 Millionen Mark zu Lasten des Haushaltsplanes 1923 in der Erwartung, daß der Betrag durch Sammlung in den Kreisen des Handels, der Industrie und der Banken ganz oder teilweise gedeckt wird. 200 Millionen Mark sollen dem städtischen Fürsorgeamt und 300 Millionen Mark dem Kriegsfürsorgeamt und dem Ortsamt für Kriegerfürsorge zugeführt werden. 50 000 Unterstützungsbekürftigte würden eine einmalige Unterstützung von 10 000 Mark erhalten. Weiterhin wurde die Staatsregierung ersucht, bei der Reichsregierung unverzüglich um ausreichende Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungsmittel mit Wirkung vom heutigen Tage einzutreten. Endlich beschloß der Rat, die Regierung um Maßnahmen zu ersuchen, damit die Polizei ihrer Aufgabe für Ruhe und Ordnung im öffentlichen und Wirtschaftsleben zu sorgen, gerecht wird. Es ist nunmehr festgestellt worden, daß die Erregung der Minderbemittelten darin zu suchen ist, daß in den letzten Tagen der großen Marktentwertung in den Markthallen die Lebensmittel einviertelständig herausgeholt wurden. Die Preisprüfungskommission hat nunmehr festgestellt, daß Preisserhöhungen für Lebensmittel usw. nicht im Laufe eines Tages vorgenommen werden dürfen.

## Innere und äußere Politik

gehören untrennbar zusammen. Niemals ist dieser Satz so deutlich in die Erscheinung getreten wie in den Monaten der Ruhrkrise, die nicht nur eine äußere, sondern auch eine innere Krise ist. Wer sich über ihren Verlauf, die insbesondere für die Arbeiterklasse von ungeheurer Bedeutung ist, ständig auf dem laufenden halten will, lese und abonniere den

### „Vorwärts“

das Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Rachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzulenden. (In Orien außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Helmweil“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

Name \_\_\_\_\_

Wohnung: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_ Straße Nr. \_\_\_\_\_

vorn — Hof — Quergeb. — Seit nrl. — Tr. links — rechts

bel \_\_\_\_\_







# Der Beruf auf dem Schienenwege.

Der Magistrat hat sich wieder einmal entschließen müssen, die Fahrpreise der Straßenbahn zu erhöhen. Ebenso Untergrundbahn, Hochbahn, Omnibus und Stadtbahn. Die Weltler an dieser „Schraube ohne Ende“ haben wieder einmal „protestiert“ und mit zorngeschwellten Stirnabern gegen die Arbeiter und gegen die Straßenbahner in besonderen gewettert, die immer und immer wieder den Sündenbock spielen müssen, indes man selbst festschraubt und heimlich still und leise an der Wulstschraube weiterdreht.

## Straßenbahners Alltag.

Sein Alltag ist nicht so herrlich, wie es manchmal aussieht; seine Arbeitsleistung nicht so einfach und anstrengungslos, wie es manchmal der oberflächliche Beschauer aussieht. Vom Streckenwärtler an, der Tag für Tag — und das oft in frühesten Frühe und spätesten Späte — seiner Schienenstrecke nachgeht, säubert, Hindernisse aus dem Wege räumt, kontrolliert und seine acht Stunden redlich auf seinen Beinen abkloppt, über den Weichensteller, der an seiner Weiche seine Stunden verbringt, vom Fahrer, der bei ruhigen Nerven und ununterbrochener Aufmerksamkeit durch Gedränge und Getrüb der Weltstadt ungefährdet und ohne zu gefährden seinen Wagen acht Stunden lang — und das häufig in unterbrochenen Chappen — fahren muß, und Schaffner an, der seine ebenso oft durch Pausen, mit denen er nichts anfangen kann und die verlorene Zeit bedeuten, unterbrochene Achtstundenzzeit unter Fahrgästen verbringen muß, die sehr oft zeitgemäß nervös und unhöflich, häufig rücksichtslos und ausfallend, vergehlich oder Drückberger sind, bis zum Aufsichtsberechtigten, der nicht in der Hauptsache zur Schließung der Fahrgäste zu kontrollieren hat, sondern der aufpassen und oft selbständig handeln, Verkehrsstörungen beseitigen, Betriebsstörungen beheben, in derartigen Fällen Wagen und Linien umleiten und für die vielen kleinen, aber wichtigen Dinge, die im Gefolge derartiger Vorkommnisse sind, sorgen muß und den dabei das Publikum als lebendige Ausrüstungsbauke benutzt. Für sie alle ist ihr Arbeitstag, der entweder sehr früh beginnt oder sehr spät aufhört, wirklich kein pures Vergnügen, keine leichte und einträgliche Tätigkeit, wie mancher Spieler oft meint, sondern in den meisten Fällen ein schwerer, anstrengender und ermüdender Dienst, der gesunde Menschen, kräftige Naturen und vor allem ganze und ruhig arbeitende Nerven verlangt! Und sie müssen stets auf der Höhe bleiben und ihre Zuverlässigkeit stets garantiert sein; sie werden überwacht und stets kontrolliert. Hinter dem harmlosen Auf des Kontrolleurs „Darf ich um die Fahrkarte bitten?“ verbirgt sich ein Zweck, der mit Belästigung der Fahrgäste nichts zu tun hat, sondern eine Kontrolle des Personals einerseits und eine Kontrolle der Kontrolle andererseits ist, die wiederum nur der Sicherheit und der hemmungslosen Beförderung des Publikums dient! Und ebenso werden die Nerven der Fahrer und die Zuverlässigkeit ihrer Begleiter geprüft und das mit den kompliziertesten Apparaten der modernsten Technik, die der Feststellung der Nervensicherheit dienen, die im heutigen Großstadtdraht und unter modernen anspruchsvollen nervösen Menschen aufzubringen schon nicht leicht, zu behalten aber schwierig sein dürfte. Wessen Nerven aber versagen, der hat nichts mehr auf dem Wagen als Führer zu tun und hat ausgedient, kann gehen!

## Fahrtschwierigkeiten.

Der Fahrer hat es ja weniger mit dem Fahrgast als mehr mit den Fahrtschwierigkeiten in den Großstadtdraht zu tun. Er hat dafür zu sorgen, daß sein Wagen den Straßenverkehre nicht gefährdet und durch den Straßenverkehr nicht gefährdet wird, zugleich fahrplanmäßig und hemmungslos vorwärtskommt und er eventuelle Betriebsstörungen schnell behebt. Auf wieviel Schwierigkeiten die Befolgung dieser scheinbar so einfachen Regeln führt, ahnt nur der, der einmal auf dem Bordperron eine Fahrtschwierigkeit lang den Fahrer und die durchfahrende Straße beobachtet. Da heißt es auf Drahten und Lastwagen, Radler und Autos aufpassen, die — eine gefährliche Angewohnheit — es mit Rechts-Fahren und Links-Überholen nicht mehr so ernst nehmen, als das Interesse der Straße es erfordert und die Polizeivorschrift es vorschreibt. Eine besonders große Gefahr sind da namentlich die vielen Luxusautos, die meist mit sehr lächerlicher Fahrtennis gesteuert werden und einfach von dieser oder von jener Seite die Straßenbahn überholen, noch schnell aus einer Seitenstraße hört am Wagen vorbei passieren oder auf Ausweichsignale prinzipiell nicht hören. Desgleichen natürlich die Radler. In ähnlicher Weise machen es auch häufig Lastwagen und selbst schwere Möbelwagen, mit denen

eine Karambolage sehr unangenehm werden kann; ja, selbst Autoomnibusse sieht man manchmal die Straßenbahn überholen und passieren, daß man sich über die Gewandtheit und Fügigkeit des Chauffeurs wie über die Ruhe und Sicherheit des Straßenbahnführers wundern muß. Zu alledem treiben nun noch die Passanten, unter ihnen besonders die Kinder! Ob sie nun auf Rollern oder auf Rädern, mit Reifen oder mit Kugeln in halbkreisförmiger Art und Weise vor dem fahrenden Wagen herumtoben oder ob sie unachtsam und scheinbar schwerhörig, wie man es häufig sieht, dem Wagen fast in die Räder laufen, es bleibt immer eine Gefahr. Genau so wie der harmlose Passant, der genüsslich und ungeniert sein Nagen, Mittag, oder Abendbrot auf der Straße lieft, gerade irgendwo im Ruhebezirk ist und nicht im geringsten an die Straßenbahn denkt, in die er gerademwegs hineinzurollen im Begriffe wäre, wenn nicht noch rechtzeitig der Fahrer bremsen und ihn anschreien würde. Dafür wird dann der Fahrer in den meisten Fällen mit Unbarm belohnt und mühselig angeleitet. Wenn der Berliner nicht gerade mit einer Zeitung, einem Kauslauf oder etwas ähnlichem beschäftigt ist, versteht er es ja meisterhaft, in atrotatistischster Weise die Straßenbahn zu passieren; aber Fremde verstehen das nicht so gut. Auch sie sind für den Fahrer eine Gefahr, wenn sie zappelig und nervös und beängstigt vor dem Wagen herumfuhrwerken und das Räder aufgeben, wohin sie nun ausweichen werden. Am schlimmsten ist das natürlich an Straßenkreuzungen und auf Plätzen, wie z. B. auf dem berühmten Potsdamer Platz. Allen diesen Gefahren hat der Fahrer zu begegnen, zu bremsen, wenn es sein muß, zu halten, wenn die Situation es erfordert, und dabei immer fahrplanmäßig und schnell vorwärts zu kommen. Geht das nun einmal nicht, dann bekommt er es mit den Fahrgästen zu tun, die erregt in ihrer Hast und Eile darüber schimpfen, daß der Wagen wie ein Leichnam vorwärtskommt oder wie eine Kammmaschine in einen Möbelwagen hineinfährt! Woran das aber liegt, danach fragt keiner! Der Fahrer, der arme Sündenbock, hat immer die Schuld; er kann es schwer einem recht machen. Die Fahrer sind meist ältere, eingefahrene Leute, und die verlassenen starken Entlastungen bei der Straßenbahn haben eine sorgliche Luste gegeben. Und auch diese werden es jedem beweisen, daß es auch für einen eingefahrenen und gewitzten Fahrer wirklich nicht leicht und immer nervenzerschützend ist. Nur eine halbe Stunde auf dem Bordperron objektiv ihn beobachten, genügt, um diesen Beweis zu erbringen!

## Des Schaffners Leiden.

Von einer anderen Seite lernt der Schaffner das Publikum kennen. Auch für ihn sind die Stunden, die er im Wagen verbringt, nicht leicht. Im Gegenteil, die Fahrgäste machen es ihm oft sehr schwer und sauer. Es ist merkwürdig und eigenartig wie geizig und nervös die Menschen unserer Tage sind und sich gerade dann, wenn sie sich auf den Verkehrsmitteln befinden, in ihrer Gereiztheit auslassen. Zum Ruhme der Berliner darf man erklären, daß sich in etwas dieser unliebliche Zustand schon gelegt hat; zum Ruhme der Arbeiterschaft muß gesagt werden, daß sie noch in allererster Linie Arbeit zu schätzen und Arbeiter, wie es auch Schaffner sind, anständig zu behandeln weiß. Anders der bewusste Querschnitt, der vorurteilvolle Spieler! Sogar ihnen der Schaffner etwas im Interesse der Fahrgäste, wiederholt er seine Aufforderung in stärkerem Ton, fordert er nachdrücklich zum dritten mal auf — sofort erlischt sich ihr Ungewitter auf sein armes Haupt! Und die andere, die immerhin still bleiben, üben passive Resistenz! Wie hat der Schaffner oft seine Qual, wenn der Hinterperron vollgepfropft und der Mittelsitz leer ist, die Mittelsitze in den Gang zu bringen! Wie muß er sich oft unter Anrempelungen bemühen, den Aussteigenden im Gedränge der Einsteigenden den Weg frei zu machen. Es herrscht unter den Fahrgästen immer noch allgemein eine gegenseitige Rücksichtslosigkeit; hier soll der Schaffner nun vermitteln und ausgleichen. Das ist nicht immer ohne Ärger abgeht, dafür bürgen die zappelnden, nervösen, so leicht erregten Fahrgäste — trotzdem der Schaffner sich doch nur ihrem wegen bemüht. Das ist aber nur ein Teil, und zwar der kleinste seiner Arbeit. Die Schwierigkeit ist das Kassieren. Seitamerweise lösen heute nur wenige unaufgefordert ihre Karten; so hat er, will er nicht bei der Kontrolle hereinkommen, gut aufpassen und zu behalten, wenn er schon eine Karte gegeben hat und wer neu hinzugestiegen ist. Schwer machen ihm diese Arbeit die sonderbaren Drückberger. Man findet unter ihnen sonst durchaus anständige Menschen, die sich aber diebstahl freuen, wenn sie die Stadt um die paar Markter betrogen haben. Sie machen es auf die verschiedenste Weise: entweder sind sie „falsch eingestiegen“, sie haben sich in der

„Nummer geirrt“, sie wollen umgekehrt, sie haben „kein kleines Geld“ usw.; der Schaffner muß seine Pappenheimer fennen lernen! Eine andere Unart der Fahrgäste, mit denen man den Schaffner unendlich quält, ist die Vorliebe, ihm großes Geld zu geben, selbst 50 000, und 100 000-Marktscheine. Kleines Geld wollen sie nie bei sich haben, bis der Schaffner erklärt, nicht herausgeben zu können; dann rücken sie plötzlich aus irgendeiner Tasche mit Kleingeld heraus. Alles das aber erfordert starke Naturen, wenn man noch bedenkt, daß oft der Schaffner bei Unstimmigkeiten unter den Fahrgästen vermitteln muß, daß er immer auch bei größten Anrempelungen höflich sein soll, daß er dabei — wenn z. B. der Wagen überfüllt und keiner mehr aufgenommen werden darf — auch energisch sein soll, was oft, da ja jeder heute fast nur aus Eile und nicht des Vergnügens halber fährt, zu häßlichen Zusammenstößen und Schimpereien führt. Der Schaffner soll auf Taschendiebstahl achten und auf Fundfächer. So muß der Schaffner immer und überall zu gleicher Zeit zur Hand sein. Ist er es nicht, so regnet es auf ihn herab: „Diese Straßenbahner!“, „Große Gehälter einstecken!“, „Den Tarif in die Höhe schrauben!“ usw.

Wie sieht es mit dem Dienst aus? Wie schon erwähnt, täglich durchschnittlich acht Stunden eigentlicher Dienst. Kleine Fahrpausen dazwischen, die nicht zum Dienst gerechnet werden, halten ihn oft länger auf den Beinen. Nur jeder siebente Sonntag ist frei, sonst Dienst! Einmal in der Woche ein freier Tag, der aber meist unregelmäßig ist. Der Dienst beginnt entweder sehr früh oder endet sehr spät. Einmal im Jahr gibt es 28 Tage Urlaub! Die keine Erholungswoche, die ihn so einmal seiner Treitmachmaschine entführt, reicht nicht aus, seine vom Großstadtdraht und ständigen Hochspannungen abgearbeiteten Nerven wieder auf die einstige Höhe zu bringen. Sie gerräten sich immer mehr, von Jahr zu Jahr, bis es eines Tages nicht mehr weitergeht und er den Dienst quittieren muß, der ihm eine Last von Verantwortung und Arbeitsleistung und wenig Erholung und päpstlichen Lohn im Gegenzug zu denen brachte, die geringschätzig über ihn hinwegfahren.

## Berlin als Sommerfrische.

Ungeachtet der Not der Millionen erholungsbedürftiger Großstädter hat die Reichsbahnverwaltung mit Wirkung vom 1. Juni die Personentaxe um 100 Proz. erhöht. Selbst ganz bescheidene Reisen in einem Umkreis von 100 Kilometern um Berlin kosten jetzt für eine Familie von vier Personen für Hin- und Rückfahrt vierter Klasse über 20 000 M. Aber was heißt das Sammern und Schimpfen! Schließlich ist wohl die Bahnverwaltung in einer Zwangslage, wenn man auch andererseits von ihr verlangen muß, daß sie in Zukunft auf Maßnahmen sinnt, die minderbemittelten oder kinderreichen Familien billige Fahrgelegenheit auch außerhalb der Ferienzeiten schafft. So gilt es denn für viele, Ausschau zu halten nach Möglichkeiten, Urlaub und Ferien innerhalb der Vorortzone von Groß-Berlin, wenn nicht gar in Groß-Berlin selbst, zu verbringen. Und dieser Möglichkeiten sind mehr, als man glaubt.

In erster Linie sei da an die vielen Fluß-, See- und Freibäder erinnert, die einen gar nicht hoch genug einzuschätzenden vorbeugenden und heilenden Wert haben. Die Deffentlichkeit wird allerdings durch die Nachricht beunruhigt, daß das Freibad am Wannensee eingehen soll. Die Stadt möge deshalb ein Auge darauf haben. Ferner sollte sich die Bahnverwaltung dazu entschließen, in der Ferienzeit nach Rahndorf, Tege, Grünau und Wannsee durchgehende „Bäderzüge“ einzulegen, denn die Erholung, die man draussen genommen, ist wieder hin, wenn man in überfüllten und überhitzten Zügen Station für Station abklappern muß. Der Straßenbahn sei ein gleiches empfohlen. Ein weiterer sehr wichtiger Erholungs- und Erfrischungsfaktor sind die Luft-, Licht- und Sonnenbäder. Unbegreiflicherweise wird die Errichtung städtischer Luftbäder immer noch vernachlässigt. Ein solches Bad sollte unbedingt auf jedem neuen Spiel- und Sportplatz errichtet werden, denn es dient vor allen Dingen auch den älteren Leuten, die nicht mehr Sport treiben können. Inzwischen müssen die privaten Luftbäder benutzt werden. In Reutlingen ist z. B. das sehr schöne Luftbad des Naturheilvereins Reutlingen, Mitglied des Verbandes Volksgesundheit und des Arbeiter-Sportkreises, in Schöneberg wird mit Unterstützung des Bezirksamtes das dortige Luftbad ausgestattet. Ein großer Teil der Berliner Bevölkerung wird es vorziehen, Urlaub und Ferien auf dem eigenen „Rittergut“ zu ver-

81

# Eine Angstfafari.

Von Arthur Hege.

Zwischen gewaltigen, dichtverwachsenen Bäumen plätscherte der Bolkfluß über Steine und gestürzte Stämme dahin. Zwei breite eiserne Schienen, die in der Mitte des Flußbettes fußtief unter das Wasser gesunken waren, führten hinüber. Diese Schienen hatten früher als Brücke für den Autoomnibus gedient, der zwischen Bol und Taveta verkehrte; seitdem aber auf deutschem Gebiet eine Bahnverbindung mit der Küste hergestellt war, wurden die Seegüter aus der Küstendistrikte befördert, und der Autoverkehr auf unserer Straße mußte wegen Unrentabilität eingestellt werden.

Während ich ein Bad nahm, taten die erfahrenen Safarileute alle Lagerarbeiten, ohne daß ich etwas anzurorden brauchte. Einer holte Wasser in den mitgenommenen vieredigen Blechgefäßen, in denen Petroleum nach Afrika verschickt wird und die dann hier die vielseitigste Verwendung finden; andere hieben dürres Holz ab und luden frische Bäume um, damit nach altem Brauche andere Karawanen trockenes Holz fänden; einer bereitete mir einen weichen Grassitz, und der Vormann machte Feuer und öffnete die Proviantkiste.

Ich schrieb einige pflichtgemäße Notizen für meinen Reisebericht und stellte die Kamera für die zugehörige Aufnahme ein. Als mein Kaffee kochte und ihre Bananen zischend brieten, summte der Selbstauslöser los und hielt unser erstes Frühstück im Bilde fest.

Es war ein herrliches Plätzchen, der Fluß rauschte und kistete im Sonnenglanz, goldene Kränzel zitterten auf dem Boden, Affen lärmten im Geäst, aus den dunklen Baumtronen scholl der tiefe melodische Ruf von Hornvögeln; riesige Käfer und Heuschrecken furrten und brummen herum wie kleine Aeroplane.

Nach einkündiger Raft brachen wir auf, nahmen einen kleinen Wasservorrat mit, und wieder ging's talauf und talab durch dornige Buschwälder, ausgerodnete wilderwachsene Flußufer und kurzgegrasige Savannen, auf denen Antilopenherden und einzelne Büffel äßen.

Die Hitze war erträglich, denn unablässig wälzten sich

schwere Wolkennmassen über die Berge. Die Regenzeit drohte, und ich stellte mir vor, daß es doch ganz nett wäre, wenn ich ein Zelt hätte. Aber dann dachte ich wehmütig an meine zweihundert Mark Gehalt und verniff mir alle weiteren zwecklosen Gedanken.

Sehr, sehr langsam nur rüdten die steilen Felswände des Buragebirges näher. Dort lag unser heutiges Ziel.

Gegen Mittag erreichten wir Maita, die Heimat meiner Träger. Sie bestand aus etwa hundert Hütten und großen Haufen von Kindern, rüudigen Kötern und leblich duftendem Kuhmist.

Ich holte den Blechkasten, in dem ich ein paar hundert einzelne Cent hatte, hervor, und zahlte jedem Mann fünfzehn, statt zehn Cent Verpflegungsgeld aus, was ein freudiges Grinsen der schwarzen Gesichter zur Folge hatte. Ich bewilligte ihnen drei Stunden Zeit, um zu Hause zu essen und Abschied von „Bibi“ (Frau) und „Watoto“ (Kindern) zu nehmen.

Natürlich war eine halbe Stunde nach Ablauf der Frist noch keiner zu sehen. Als mir die Geschichte zu dumm wurde, schnitt ich mir ein biegsames Stöckchen ab und ging meine verlorenen Schäflein suchen.

In jede Hütte lugte ich hinein, und wo ich in Duqm und Finsternis ein bekanntes Gesicht erspähte, fing ich an zu brüllen wie ein hungriger Löwe. Mit Proviant beladen, kam der Betreffende auch sogleich herausgesprungen, wischte sich den fettigen Mund ab und sah mich schuldbewußt und ängstlich an.

Als ich alle zusammengetrieben hatte, schimpfte ich sie aus, so gut ich's in Kisuaheli konnte, und hegte sie dann im Gedächtnismarsch Bura zu. Ich hatte gehofft, die Gastfreundschaft der dort stationierten Missionare in Anspruch nehmen zu können, aber wegen der Unpünktlichkeit der schwarzen Freßfäße überschritten wir erst nach Sonnenuntergang den Burafuß, und eine nächtliche Kletterpartie von etwa zwei Stunden nach der Missionarstation, die wie ein Adlernest hoch oben an der Felswand klebte, war mir für heute doch zu viel. So mußten wir in einer baumlosen, winddurchfegten Talmulde unser Nachtlager aufschlagen.

Der immer heftiger werdende Wind blies uns fast die Feuer aus. Die Nacht war wolken schwarz, ich bereute, mir in Bol keine Laterne gekauft zu haben. Auf meine Frage erfuhr ich, daß es hier einen Underladen gab, und mit dem Vormann toppte ich mich bis zu ihm durch.

Der Hindu lauerte mit seiner zahlreichen Familie gerade

beim Abendbrot. Als ich nach Laternen fragte, zeigte er auf seine brennende Hauslaterne; dies wäre die einzige, die er hätte. Enttäuscht stolperte ich wieder davon, aber plötzlich kam er mir leuchtend nachgerannt und bot mir seine Hauslaterne zum Kaufe an. Der edle Hindu hatte es doch nicht mit seinem Geschäftsgewissen vereinbaren können, einen Käufer unbefriedigt ziehen zu lassen und seine Familie einfach in ägyptische Finsternis versetzt. Er verlangte etwas mehr als den üblichen Preis, aber ich bezahlte ihn gern und ließ mir dann stolz wie ein Herr Bürgermeister von anno dazumal nach Hause leuchten.

Als mich der kalte Morgenhauch weckte, funkelten die Sterne noch am Himmel, und die seine silberstrahlende Sichel des Mondes lag auf dem Kamme der Felsen. Ich weckte die Schlafers, die Feuer stammten auf, ich kochte Kaffee und tat ihn mir in Magen und Feldflasche.

Meine Negerlein klapperten vor Kälte, so machte ich ihnen einen Kessel voll Tee, und schallend klang dann ein Lobgesang auf den edlen Geber die nachtschlafene Straße entlang.

Von hier gab es kein Wasser mehr am Wege bis Taveta. Ich sorgte dafür, daß die Schwarzen außer den Blechtannen auch ihre Kalebassen und Bäuche voll Wasser füllten.

Dann zogen wir beim tanzenenden Schein der Laternen los, machten nur eine kurze Frühstückspause und marschierten weiter, in die sich in grenzenlose Weiten aufrollende Steppe hinein.

Die Landschaft nahm anderen Ausdruck und andere Farben an. Das saftiggrüne Gras und die frischbelebten Bäume verschwand, an ihre Stelle traten hartes braungrünes Elefantengras, das in vereinzeln Büscheln stand, weißgraue Sträucher mit nadelspizigen Dornen, ernste, einfame Kakteen, bläulichgraue, fast blattlose Kandelaber-Euphorbien, tellerförmige Schirmatazjen und flechtenbehangene Dornbäume. Gegen Mittag verzogen sich die Wölken, der Wind schloß ein, sengende Sonnenhitze lag über der Erde. Die Träger schwikten unter ihren Lasten und schritten auf dem verwachsenen Pfade schweigend hintereinander her.

Ich war, in Betrachtungen der Landschaft und träumerische Mittagsmüdigkeit versunken, ein wenig zurückgeblieben, als ein paar Rufe der Träger schwach durch die heiße Stille zu mir drangen. Sie waren stehen geblieben und betrachteten etwas am Boden. Rasch ging ich hin und sah, daß eine Reihe großer runder Spuren über den Staub der Straße führten. (Fortsetzung folgt.)







### Im Zeichen der Dollarhauffe. Kampf gegen den Wucher.

Beim Steigen des Dollars steigt erfahrungsgemäß auch der Wucher mit Gegenständen des täglichen Lebensbedarfes. Deshalb hat, wie der Amtliche Preisdienst berichtet, der Präsident des Landespolizeiamts alle Polizeibehörden erneut angewiesen, der Bekämpfung des Wuchers ihre ganze Kraft zu widmen. Die Polizeibehörden werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß der Wiederbeschaffungspreis als Maßstab für die Angemessenheit des Gewinns abzuleiten ist. In dem Rundschreiben des Präsidenten des Landespolizeiamts an die Polizeibehörden wird weiter betont, daß bei vielen für die Versorgung der Bevölkerung wichtigen Waren eine Notmarktlage besteht, welche die Verkäufer verpflichtet, ihre Preisforderung auf der Grundlage der individuellen Herstellungskosten zu errechnen. Bei dem Verdacht der Warenzurückhaltung sollen die Polizeibehörden Lagerkontrollen vornehmen. Beobachten die Polizeiverwaltungen Anstöße des Publikums und Warenhamsteren, so sollen sie den Kleinhandlern nahelegen, Waren in größeren Mengen nicht mehr abzugeben. Die Polizeibehörden werden ferner ersucht, ihre Aufmerksamkeit auf die Erzeugerpreise zu lenken, die etwa 25 bis 30 Prozent unter dem im Abgabebereich notierten Marktpreis liegen müssen. Ramentlich in den ländlichen Gebieten soll dieser Standpunkt mit allem Nachdruck vertreten und darauf aufmerksam gemacht werden, daß es ganz gleichgültig ist, ob der Erzeuger diese hohen Preise fordert, oder ob der Händler sie anbietet und der Erzeuger sie annimmt.

### Markthallen-Auseinandersetzungen.

Am Montag kam es in mehreren Markthallen wegen der abermaligen Steigerung der Preise für Fleisch, Eier, Butter, Schmalz usw. zu erregten Auseinandersetzungen, hauptsächlich hervorgerufen durch die verschiedenen Preisforderungen der einzelnen Standhaber. So forderte ein Fleischer für Suppenfleisch 12 000 M. pro Pfund und eine Frau für ein „frisches“ Ei 550 M. Beim Verkauf von Butter sollen Differenzen von 2000 M. festgestellt worden sein. Die seit einiger Zeit bestehenden Marktgereichte werden jetzt zu beweisen haben, ob sie imstande sind, die Bevölkerung auch wirklich und wirksam in Schutz zu nehmen. Im besonderen müssen die Behörden jetzt endlich auch für eine Marktkontrolle in den Bezirken des Außenwestens sorgen, weil dort die Rinderbemetzler unter dem dreifachen Zugriff aller jener, die immer alle Preise bezahlen können, zu leiden haben.

### An unsere Freunde und Leser!

Durch die im Laufe des Monats Mai eingetretene katastrophale Entwertung der Mark ist die Aussicht auf stabile Zeitungsbezugspreise für längere Zeit vollständig geschwunden. Im rasenden Tempo gehen die Preise für alle Materialien zur Herstellung der Zeitung in die Höhe. Der Papierpreis ist bereits für die zweite Hälfte des Monats Mai von 1550 M. auf 1616 M., d. h. das 8080fache des Friedenspreises heraufgesetzt worden. Der Zumpreis für Zeitungsdruckpapier läßt sich gar nicht ablesen, da bekanntlich die Zellstofffabrikanten den Preis für den Zellstoff nach dem Dollarkurs festsetzen. Angesichts dieser bedauerlichen Verhältnisse sind sämtliche Zeitungsverleger gezwungen, die Bezugspreise ihrer Zeitungen sehr stark zu steigern. Wir haben uns bisher bemüht — unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage unserer Leser — den Abonnementspreis so niedrig wie möglich zu halten und werden auch diesmal die volle Auswirkung der gestiegenen und noch steigenden Preise der Druckmaterialien, des Papiers usw. für Juni noch nicht in Rechnung stellen. Den Bezugspreis für Juni haben wir daher auf 7600 M. festgesetzt. Wir vertrauen auf die stets bewiesene Einsicht und Opferfreudigkeit unserer Genossen, daß sie trotz der notwendigen Erhöhung des Bezugspreises für die Verbreitung des „Vorwärts“ nach wie vor eintreten.

Vorwärts-Verlag und Redaktion.

Wie wir einer Mitteilung der Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger entnehmen, stellen sich die Abonnementspreise für Monat Juni für zweimal täglich erscheinende Zeitungen wie folgt:

Berliner Tageblatt	12 000 M.
Berliner Lokal-Anzeiger	9 700
Deutsche Allgemeine Zeitung	11 000
Vorwärts	7 600
Kreuzzeitung	9 500
Deutsche Tageszeitung	9 500
Berliner Börsenzeitung 11 000 M., wochl.	12 000
Berliner Börsencourier 11 000 M., wochl.	12 000

**Gültigkeitsdauer der Fahrkarten.** Wie die „Telegraphen-Union“ an ausländischer Stelle erklärt, wird durch die kommende Tarifserhöhung bei der Reichsbahn die Gültigkeitsdauer der Fahrkarten nicht berührt, sodaß Fahrkarten, die am 31. gelöst werden, Gültigkeit bis zum 3. Juni einschließen besitzen. Für die Gültigkeit von Hundereisebills sind besondere Bestimmungen in Kraft.

**Schalterdienst beim Postfachamt in Berlin.** Die Schalter der Postfiliale des Berliner Postfachamts sind künftig werktäglich von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags geöffnet.

**Feuer im Deutschen Theater in der Schumannstraße.** Dieser Alarm rief am Montagmittag die Berliner Feuerwehr nach der dortigen Gegend. Sofort rüdten zahlreiche Löschzüge, die aber bis auf den 18. Zug nicht in Tätigkeit kamen, sondern gleich wieder abrücken konnten, heran. Im Magazin des Theaters waren Kostüme und andere Garderoben durch Raufälligkeit in Brand geraten und es gelang, die Gefahr schnell zu beseitigen. Eine später nochmals vorgenommene Revision ergab nichts Verdächtiges, so daß kein Grund zur Verurteilung vorlag.

### Sport.

**Rennen zu Karlshorst am Montag, den 28. Mai.**  
1. Rennen. 1. Wollenschieber (Bör), 2. Hüllenstein (Borotok), 3. Glöckstaube (Zalede). Toto: 54 : 10, Platz: 17, 13, 16 : 10. Ferner liefen: Saint Nil, Glada, Robert, Erich G.  
2. Rennen. 1. Nemeno (Brotan), 2. Grimadonna (Stufales), 3. Jarta (Wismar). Toto: 40 : 10, Platz: 16, 13 : 10. Ferner liefen: Wino, Lillian, Reihaus.  
3. Rennen. 1. Steinberger (v. Falkenhäusen), 2. Wind (Schliff), 3. Willehert (v. Wachsmayr). Toto: 39 : 10, Platz: 13, 13 : 10. Ferner liefen: Krompeter, Flugschiff, Edelstein, Hagerwald.

## Berliner Güterwirtschaft.

Bei der Beratung des städtischen Etats und bei den immer wieder erfolgenden Angriffen gegen die städtische Wirtschaft spielen die Berliner Güter, deren größter Teil jetzt durch eine städtische G. m. b. H. bewirtschaftet wird, eine außerordentlich große Rolle. Die Stadt Berlin ist diejenige Stadt, die im größten Umfang landwirtschaftlichen Besitz ihr Eigen nennt und diesen Besitz seit Jahrzehnten in eigener Regie verwaltet. Die Berliner Rieselfelder verdanken ihre Entstehung den unermüdblichen Bemühungen Markgrafs, Hohrechts und Birchows, deren Projekte bereits 1873 die Zustimmung der damaligen Berliner Stadtverordnetenversammlung fanden und in die Wirklichkeit umgesetzt wurden. Die Stadt wurde nach einem sogenannten Radialsystem eingeteilt und die Abwässer auf eigene, zu diesem Zweck hergerichtete Rieselfelder geleitet. Demnach war die Hauptaufgabe der städtischen Güter ursprünglich die Unterbringung dieser Abwässer und nicht die Herauswirtschaftung hoher Reinerträge.

Zu den Berliner Gütern gehören 24 Verwaltungen mit 45 Einzelgütern, mit einer

### Gesamtfläche von 108 866 Morgen.

Das ist etwa ein Drittel der Gesamtfläche des jetzigen Groß-Berlin. Die Güter liegen in einer durchschnittlichen Entfernung von 30 bis 40 Kilometern im Umkreis von Berlin. 31 Einzelgüter mit 18 Verwaltungen und rund 69 000 Morgen unterstehen der Güter-G. m. b. H., 14 Einzelgüter mit 6 Verwaltungen und etwa 28 000 Morgen sind verpachtet. Auf den eigenbewirtschafteten Gütern arbeiten etwa rund 2800 Arbeiter, davon ca. 2000 ständig. Die Viehzucht ist entsprechend den veränderten Verhältnissen umgestellt worden, die Abwehrtwirtschaft zu einer Milchwirtschaft mit Aufzucht umgewandelt. Die Güter verfügen über ungefähr 1200 Milchfläche mit einer Produktion von täglich 11 000 und jährlich rund 4 Millionen Litern, wovon 9000 bzw. 3,4 Millionen Liter zum Verkauf kommen. Für das Jungvieh sind Weiden angelegt, auf den nördlichen und südlichen Gütern Hengststationen eingerichtet. Auch die Schweinezucht und -mast ist bedeutend vergrößert worden. Am 1. Mai waren 400 Mutter Schweine, 1200 Jungschweine und 400 Mast Schweine vorhanden, die jährliche Produktion beträgt etwa 1000 Mast Schweine mit rund 2000 Zentnern Schlachtgewicht. Vergrößert worden ist auch die Schafzucht (2000 Mutter Schafe, 500 Jungschafe, 2000 Lämmer). Die Wolle wird auf den Markt gebracht, während 2000 Mast Hammel jährlich in Hohrechtsfelde geschachtet werden.

Mit den Gütern verbunden sind eine ganze Reihe landwirtschaftlicher Nebenbetriebe. In vier eigenen Brennereien werden jährlich 300 000 Liter Spiritus erzeugt. Die Kunstmühlenernte Großbeeren mit einer Tagesleistung von 500 Zentnern Weizenmehl sind ganz neu aufgebaut und liefern eine der besten Rebsorten Deutschlands. Schlächtereien, Säge-

werk, Tischlerei, Schlosserei werden jetzt erweitert und auf rein kaufmännische Grundlagen gestellt. Auch hier kann mit bedeutenden Erträgen gerechnet werden. Die Güterverwaltung hat die Konjunktur beim Einkauf so günstig wie möglich ausgenutzt, so daß alle Güter reichlich mit Reis, Kofostuchen, Kapstuchen usw., mit Kunstdünger usw. eingedeckt sind. Die Auffassung, Kunstdünger auf Rieselfelder zu gebrauchen, hat sich erst in den letzten Jahren durchgesetzt. Der Vorteil des Kunstdüngers tritt in diesem Jahre wohl am meisten auf dem Gut Blankenfelde in Erscheinung.

### Die auf den Gütern beschäftigten Arbeiter.

sehen sich in ihren Lohn- und sozialen Verhältnissen um ein Erhebliches besser als die auf anderen Gütern unter dem Kreislandarbeitertarif arbeitenden Gutserbeiter. Sie sind deshalb an der Erhaltung der städtischen Wirtschaft aus lebhaftem Interesse, und es kann nicht bestritten werden, daß mit der zunehmenden Bedeutung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse auch das wirtschaftliche Verständnis und Interesse, wie die Einsicht in die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Güter auch bei der Arbeiterschaft sich außerordentlich gesteigert und auf die Produktivität der Betriebe günstig eingewirkt hat.

Unter den Auswirkungen der Nachkriegszeit und bei den verstärkten Ansprüchen, die mit Recht von der Öffentlichkeit auch an die Gemeindegewirtschaft gestellt wurden, machte sich eine veränderte Wirtschaftsreform durch Aufgabe der bürokratischen und schwerfälligen Wirtschaftsweise der Vorkriegszeit erforderlich. Daher die Umwandlung der Güter in eine G. m. b. H., die der Verwaltung in jeder Beziehung größere Selbständigkeit auf allen Gebieten ermöglichte und Vereinfachung und Vereinfachung des Verwaltungsapparates. Die Umstellung der alten Verwaltung ist in einer so kurzen Zeit erfolgt, wie es selten bei Verwaltungen von der Größe und Wichtigkeit der Güter der Fall ist. Unter den Auswirkungen dieser Reorganisation erscheint heute bereits die Herauswirtschaftung höherer Reinerträge gesichert unter der Voraussetzung, daß die Betriebsleiter der einzelnen Güter vorzügliche kaufmännische Gewandtheit besitzen und für ihre Funktion eine gründliche, praktische und wissenschaftliche Ausbildung mitbringen. Es kann auch nicht verkannt werden, daß die Güterdirektion, die im Aufsichtsrat eine einmütige und sachliche, von politischen Meinungsverschiedenheiten nicht berührte Unterstützung findet, es verstanden hat, den Aufstieg der Güterwirtschaft in den letzten Jahren planmäßig vorzubereiten. Die Stadt hat jedenfalls keine Veranlassung, diese Güter aus der Hand zu geben, wobei sie nie wissen würde, was sie nach Ablauf einer eventuellen Verpachtungstripp wieder erhalte. Sie hat im Gegenteil nur das eine Interesse, das erwerbsmüde vom Aufsichtsrat und von der Güterdirektion einheitlich vertreten wird, an der Modernisierung und Ausgestaltung der städtischen Güterwirtschaft, an der sorgfältigen Erhaltung ihrer Substanz und an der Erhöhung ihrer Rentabilität mit allen Kräften weiter zu arbeiten. **Fritz Brodt.**

- 4. Rennen. 1. Ritter Blaubart (Stb), 2. Fontalyca (Schuler), 3. Nordsee (Revid). Toto: 22 : 10, Platz: 16, 23 : 10. Ferner liefen: Sobrenner.
- 5. Rennen. 1. Gred (Stranglein), 2. Rohrdommel (Streit), 3. Studienblüte (Zalede). Toto: 13 : 10, Platz: 11, 13 : 10. Ferner liefen: Diplomatie.
- 6. Rennen. 1. Condonien (Ruhales), 2. Sultan VIII (Borotok), 3. Raschhaber (Reinisch). Toto: 18 : 10, Platz: 11, 11 : 10. Ferner liefen: Große, Lebensgefährtin (gel).
- 7. Rennen. 1. Der Darf (Rastberger), 2. Ellen (Ludwig), 3. Tango (Gugumin). Toto: 21 : 10, Platz: 10, 10 : 10. Ferner liefen: Sandrichter, Juwento, Reicher Kross, Kamasjan, Ariman.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

**Abteilung, Abteilungsleiterkonferenz** Montag, 4. Juni, abends 7 Uhr. Sitzung aller Abteilungsleiter der Abteilungen im Gewerkschaftshaus, Engelauer, Canal 5. Vortrag des Genossen Tjebel über „Das neue Reichsgesetz. Jede Abteilung muß einen Vertreter entsenden. Der Beiratsvorsitzend.“

**88. Vd. Vorkurs.** Mittwoch, den 30. Mai, 8 Uhr, im Schlosser Stiller, Dorfstraße. Thema: „Christentum und Sozialismus“. Referent: Horst Meyer.

**Beiratsauschuss für Arbeiterwohlfahrt.** Die auf Montag, den 4. Juni, im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Tr., auf 6 Uhr abends angelegte Besprechung — Arbeitsführerkonferenz — wird auf 7 1/2 Uhr verschoben. Um 6 Uhr (am 4. Juni) findet eine Funktionärinnenkonferenz statt (siehe unten). Berichtserstattung über die Internationale Frauenkonferenz in Hamburg. Referentin: Genossin Minna Lohndagen. (Anwesenheit 1. und 2. Kreis.) Dann, ab 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung.

- 2. Kreis Wedding. Elternauschüsse der weiblichen Schulen: 7 Uhr Sitzung in der Schule Hamb. Eds. Weidenstraße, Konferenzzimmer.
- 3. Kreis Mitte. Elternauschüsse der weiblichen Schulen: 7 Uhr Sitzung in der Schule Hamb. Eds. Weidenstraße, Konferenzzimmer.
- 4. Kreis Mitte. Elternauschüsse der weiblichen Schulen: 7 Uhr Sitzung in der Schule Hamb. Eds. Weidenstraße, Konferenzzimmer.
- 11. Kreis Schöneberg-Rieselfelder. Freitag, den 1. Juni, 7 1/2 Uhr, Kreismitgliederversammlung (Sachlagebericht folgt). Bericht vom Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Hamburg. Referent: Genosse Caspary, R. 6. 2.

### Heute, Dienstag, den 29. Mai:

- 24. Vd. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Hlmes, Bayerstr. 7, wichtige Besprechung der parteigenösslichen Beamten.
- 31. Vd. Friedenau. 8 Uhr Mitgliederversammlung im Friedenauer Hof, Keller (Gefellstr. 13). Tagesordnung: Referent: Dr. Vogt spricht über „Die politische Lage“.
- Jugendsozialisten. Arbeitsauschüsse 6 1/2 Uhr im Sonntag, Zimmer 28.

### Morgen, Mittwoch, den 30. Mai:

- 18. Vd. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der Gemeindefabrik Alt-Moabit 25. Thema: „Das Reichsministerium und die Arbeiterfrage“. Referent: Genosse Stobber, Hermann.
- 15. Vd. Die Mitglieder betreffen sich an der Versammlung der 13. Vd. in der Schulstraße, Grünhofer Straße.
- 17. Vd. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulstraße, Kasper Str. 18. Thema: „Die weibliche Schule am Wedding“. Referent: Genosse Lehrer Zimmer. Die funktionäre erscheinen 1 Stunde früher.
- 13. Vd. 7 Uhr in der Grünhofer Str. 5, gemeinsame Abteilungsversammlung der 13., 18. und 20. Vd. Thema: „Wohnungsfragen und Mieterfragen“. Referent: Genosse Stobber, Hermann.
- 24. Vd. 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulstraße, Montagstr. 15-17. Bekannte können eingeführt werden.
- 22. Vd. 7 Uhr in der Schulstraße, Hühner Str. 47-49, Mitgliederversammlung. Thema: „Der Internationale Kongress in Hamburg“.
- 27. Vd. 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulstraße, Sonnenburger Straße 20. Thema: „Die Aufgaben des „Vorwärts““. Referent: Redakteur Genosse Schif.
- 45. Vd. Vorkurs 7 Uhr in der Schulstraße, Hühner, Eds. Reichenberger Straße. Thema: „Der moderne Kapitalismus und die Arbeiterfrage“. Referent: Genosse Redakteur Rodus.

- 47. Vd. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in Dörings Allee (selber Gruppenraum), Rannstr. 17. Thema: „Ruhstagen und Sozialismus“. Referent: Genosse Dr. Paul Vogt, R. 6. 2. Genossen anderer Abteilungen und Freunde anderer Partei sind eingeladen.
- 57. Vd. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Thunau, Bismarckstr. 4. Thema: „Die innen- und außenpolitischen Aufgaben der Partei“. Referent: Genosse Otto Meyer, R. 6. 2. Die Funktionäre müssen erscheinen.
- 73. Vd. Schöneberg. 8 Uhr im Lehrerwohnheim der Gemeindefabrik Friedrichshagen, Hühner Str. 47-49, Sitzung mit Referenten. Referent: Genosse Karl Fischer.
- 83. Vd. Friedenau. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Gefängnis der Oberpostdirektion, 2-3. Thema: „Soziale Hygiene“. Referent: Genosse Dr. Ebermann.
- 85. Vd. Friedenau. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulstraße, Friedenau. Thema: „Wohnungsfrage und Wohnungsbesitz“. Referent: Stobber, Hermann.
- 128. Vd. Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr allgemeine Mitgliederversammlung im Jugendheim, Kreis Str. 2. Thema: „Rechtspolitik und Weltwirtschaft“. Referent: Genosse Krieger.
- 131. Vd. Friedenau. 7 1/2 Uhr bei Schüherr, Schloß Schöneberg. 12. Vd. Mitgliederversammlung. Thema: „Der Hamburger Internationale Sozialistenkongress“. Referent: Genosse Redakteur Henau. Jugendsozialisten. Gruppe Weis: 7 Uhr im Jugendheim, Charlottenstr. 45. Vortrag des Genossen Dr. John Cilliers über „Kunst und Proletariat“. Gäste willkommen.

101. Vd. Kreuzberg. Donnerstag, den 31. Mai, 7 1/2 Uhr, Vorkursbesprechung in der Schule, Lindenstraße.

### Frauenveranstaltungen am Mittwoch, den 30. Mai:

- 4. Kreis Prenzlauer Berg. 8 Uhr bei Frau, Prenzlauer Allee 129. Sitzung der Abteilungsleiterinnen, Vorkurs- und Arbeiterwohlfahrtskommission. Verteilung der 3. Reichsliste.
- Charlottenburg. 12. Vd. 7 1/2 Uhr bei Frau, Berliner-Engelstr. 12. Thema: „Wohnungsfrage, Sozialismus und Arbeiterfrage“. Referent: Genosse Dr. Thurnau. Gäste willkommen. — 18. Vd. 7 1/2 Uhr bei der Genossin Stein, Hühner Str. 47-49. 3. Disziplinabend über „Der Sozialismus in Theorie und Praxis“. Referent: Genossin Sabotta.
- 116. Vd. Friedenau. 7 1/2 Uhr in der Grünhofer, Weidenstr. 18. Thema: „Die internationale Tagung in Hamburg“. Referent: Genossin Minna Lohndagen, R. 6. 2.
- 137. Vd. Friedenau. 7 1/2 Uhr im Posthaus, Schornbergstr. 114. Vortrag über „Sexuelle Erziehung“.

### Sterbetafel

der Groß-Berliner Parteioffiziation.

47. Vd. Genossin Drogmann, Galkstr. 11, 18. verstorben. Einlieferung Mittwoch, 29. Mai, vormittags 11 Uhr, Krematorium Baum-Schulenburg.

38. Vd. Charlottenburg. Unser alter Genosse August Schöndorf ist, 62 Jahre alt, verstorben. Beerdigung Mittwoch, 30. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Nordhaus-Kirchhofes, Grefenstraße 12, aus.

### Jugendveranstaltungen.

#### Heute, Dienstag, den 29. Mai:

Mariendorf: Jugendheim Köpenicker Straße, Zimmer 10. Befehlsabend: „Ged an Verteidigung“. — Kreuzberg III: Jugendheim Vogelstr. 28. Vortrag: „Wilhelm Reichardt“. — Prenzlauer Berg: Jugendheim Gemeindefabrik Thunauer Str. 5-5. Vortrag: „Kunst und Proletariat“. — Prenzlauer Berg: Jugendheim Gefängnis, Prenzlauer Str. 7. Vortrag: „Gemeindefabrik“. — Kreuzberg I: Jugendheim Hühner, Eds. Reichenberger. Vortrag: „Die Geschichte der Arbeiterjugendbewegung“. — Charlottenburg: Jugendheim Hühner, Eds. Reichenberger. Vortrag: „Die Geschichte der Arbeiterjugendbewegung“. — Charlottenburg: Jugendheim Hühner, Eds. Reichenberger. Vortrag: „Die Geschichte der Arbeiterjugendbewegung“. — Charlottenburg: Jugendheim Hühner, Eds. Reichenberger. Vortrag: „Die Geschichte der Arbeiterjugendbewegung“.

**WASCHSEIFE**  
ist unentbehrlich für jede Wäsche







Arbeit!

Von Richard Bohmann.

„Nur Arbeit kann uns retten!“ Jawohl. Und wir wären zufrieden, wenn die bürgerliche Gesellschaft, die unter diesem Schlachtruf in den Kampf gegen den Achtstundentag zog, heute nur jedem arbeitswilligen Volksgenossen eine achtstündige Erwerbstätigkeit gewährleisten könnte. Aber wo diese bürgerliche Gesellschaft, wo Industriekapital und Handel in den Wochen der wirtschaftlichen Krise so hoffnungslos versagen, da müssen diejenigen Instanzen, die von höherem sozialen Verantwortungsbewusstsein getragen sein sollten, eingreifen, da muß vor allem die Stadt ihre Schuldigkeit tun. Hier hilft nicht der Appell an die private Wohltätigkeit, den unlängst der Berliner Oberbürgermeister als der Weisheit letzter Schluss ankündigte, hilft nicht der Appell an das soziale Gewissen eines Unternehmertums, das gerade hier in Berlin Krokodilstränen weint über Junglehrerklündigungen und Schwesternentlassungen, und seine eigenen Arbeiter schon beim Beginn einer Krise rücksichtslos aufs Pflaster wirft — hier gilt es für die Stadt Berlin selbst, sich zu einer Sozialpolitik auf weite Sicht aufzuraffen.

Eine Politik der „sparsamen Wirtschaft“, die bedauernd zwar, aber doch beruhigt darauf hinweist, daß das Extraordinarium des Haushalts von 75 Millionen Goldmark vor dem Kriege auf den 30. Teil, auf eine (noch) nicht einmal genehmigte) Papiermarkanteile von 10 Milliarden reduziert worden sei, kann in Wirklichkeit eine kurzfristige Politik mahloser Verschwendung sein. Um so mehr, wenn sie gleichzeitig zugeben muß, daß sich die Ausgaben für die öffentliche Wohlfahrt im ordentlichen Haushalt von 15 auf 24 Proz. des Gesamtetats gesteigert haben, während der Etat für Hoch- und Tiefbauarbeiten von 10 auf 2,7 Proz. gesunken ist. Nichts ist gefährlicher, als die Sozialpolitik in dieser Zeit wachsender Verelendung und drohender Katastrophen nur aus der Froschperspektive des Ressorts zu sehen; nichts notwendiger, als durch vorbeugende Maßnahmen, durch Arbeitsbeschaffung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Befämpfung der Wohnungsnot eine weitblickende Sozialpolitik zu treiben, die in ihrer Auswirkung zugleich die sparsamste Politik sein muß.

Hier liegt das tiefste Problem der Kommunalpolitik, das unseren Städten in diesen Jahren der Not gestellt ist. Gewiß müssen Reich und Länder vorangehen, müssen sie den Gemeinden, deren finanzielle Bewegungsfreiheit sie durch die Finanzreform beschränkt haben und durch die Verschleppung des Landessteuergesetzes vollends zu lähmen drohen, durch Zuschüsse aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge und durch Kredite helfen. Aber mit der Feststellung dieser Notwendigkeit ist den Gemeinden — und insbesondere unseren Großstädten nichts von ihrer eigenen Verantwortung genommen. Wenn die Gemeinden — und Berlin voran — um ihrer notleidenden Bürger willen die Rechte der Selbstverwaltung gegen die kleinlich bevormundende Bürokratie der Reichs- und Landesbehörden verteidigen wollen, so müssen sie auch die Pflichten der Selbstverwaltung im vollen Umfange auf sich nehmen, dürfen sie sich bei der wichtigsten Aufgabe der Gegenwart, der Steuerung der Erwerbslosigkeit, nicht lediglich auf den großen Bruder Staat verlassen.

Im Rahmen des ordentlichen Haushalts sind freilich Mittel für so weittragende Aufgaben nicht zu beschaffen. Ein Etat, dessen Entwurf mit 28 Milliarden Defizit abschließt, kann allenfalls durch stärkste Beschränkungen ins Gleichgewicht ge-

bracht werden, kann aber die Riesensummen für eine produktive Erwerbslosenfürsorge aus sich heraus nicht hergeben. Hier hilft nur die Anleihe. Und es ist an der Zeit, daß Berlin hier seine Politik der Aengstlichkeit, die zu einer Politik der Gefahr zu werden droht, aufgibt. Es ist ja ungemein charakteristisch, daß gerade diejenigen Parteien, die sonst Katastrophopolitik um jeden Preis treiben, diese Politik der Aengstlichkeit aufs lebhafteste unterstützen. Sollten nicht zwischen beiden enge Beziehungen bestehen? Sollten wir es wirklich nicht verantworten können, die kommende Generation zu verpflichten, an den Lasten dieser Zeit größter Not mit zu tragen? Hat diese kommende Generation nicht dasselbe Interesse wie wir daran, daß die Zeit der Not ohne Katastrophe überstanden wird?

Den ersten Schritt hat Berlin soeben mit dem Beschluß einer wertbeständigen Roggenanleihe in Höhe von 200 000 Zentnern getan. Den ersten bescheidenen Schritt — denn eine einzige Million Goldmark bedeutet auch für eine verarmte Stadt, bedeutet für den riesigen Aufgabenkreis sozialer Vorsorge herzlich wenig. Aber schon hier begannen bürgerliche Politiker der Angst besorgt mit dem Kopfe zu wackeln, schon hier gibt es lebhaftige Widerstände bei den Aufsichtsbehörden zu überwinden. Das Finanzministerium ist auf den geistvollen Einfall gekommen, für diese verständige Anleihe eine 3 1/2-prozentige Tilgung zu verlangen (gegenüber 2 Proz. bei Papiermarkanteilen), um die Stadt möglichst schnell von der Gefahr einer solchen Anleihe zu befreien — als wenn unsere Währung ausgerechnet in dem Zeitraum von 1923 bis 1973 vollends zerrüttet werden könnte! Bei einer 2prozentigen Tilgung könnte die Stadt schon weitere 1 1/2 Milliarden für Arbeitsbeschaffung mobil machen, ohne sich stärker als jetzt zu belasten.

Aber auch damit darf es nicht genug sein. Die Stadt hat außer der Nordbahn nach notwendige Bauprojekte in Hülle und Fülle, Arbeit, die ausschließlich werbenden Zwecken dient, und sie muß hierfür die erforderlichen Mittel flüssig machen. Gerade jetzt bei der zunehmenden und erklärlichen Flucht aus der Mark sind die Ausichten für wertbeständige Anleihen überaus günstig. Die Stadt muß nur Vertrauen zu sich selber haben und muß denen, deren Heppresse seit Jahr und Tag den Kredit Berlins aus parteipolitischen Gründen zu untergraben bemüht ist, energischer als bisher entgegenzutreten.

Gewiß sollte eine verantwortungsbewußte Finanzpolitik sich davor hüten, den Wertmesser ihrer Anleihen aus der Luft zu greifen, Goldanleihen aufzulegen, ohne Gold produzieren zu können, Kohleanleihen, ohne Gruben zu besitzen. Aber Berlin hat doch gerade in seinem wertvollen Güterbesitz den sichersten Garant für wertbeständige Anleihen jeder Art, die sich auf landwirtschaftliche Produkte als Wertmesser stützen. Es hat darüber hinaus in seinen Forsten auch noch Milliardenwerte, deren Produkte einen wertbeständigen Zinsendienst ermöglichen würden. Güter und Forsten, Werte und Betriebe sind Goldwerte und bleiben Goldwerte, auf deren Rücken der Kredit der Stadt sicher und unerschütterlich durch eine noch so weitgehende Währungszerrüttung ruht.

Wenn aber die Güter 90 000 Zentner Roggen jährlichen Ueberfluß abweisen, wenn allein die 5 verpackten Gütervertragsmäßig 30 000 Zentner einbringen, so streift die 200 000-Zentner-Anleihe mit ihrem 19 000-Zentner-Zinsen- und Tilgungsdienst auch noch nicht annähernd die Grenze einer verantwortungsbewußten Finanzpolitik. Der Finanzpolitiker sollte aber in diesen grundlegenden Fragen kommunaler Sozialpolitik nur begrenzend, nicht richtunggebend tätig sein. Arbeitsbeschaffung durch städ-

tische Anleihen ist kein Finanzproblem im engeren Sinne, sondern das dringendste kommunalpolitische Problem schlechthin. Es kann in Berlin gelöst werden, ohne daß die Stadt auch nur den kleinsten Teil ihres wertvollen Besitzes preisgibt oder verpfändet; die Produkte ihres Besitzes garantieren ihr selbst und den Zeichnern ihrer Anleihen die Sicherheit wertbeständiger Verzinsung.

Hunderttausende Erwerbsloser warten in Berlin auf Arbeit. Die Hoffnung Tausender kann erfüllt werden, wenn Reich und Land, wenn aber auch die Stadt selber mit beiden Händen zupackt.

Moskauer Kommunalwirtschaft.

Mit Volkswind zurück zum Kapitalismus.

Unsere deutschen Kommunisten und an der Spitze natürlich die Berliner Kommunisten erschöpfen sich bei ihrer „praktischen Mitarbeit“ an den für die ganze Arbeiterklasse so außerordentlich wichtigen Aufgaben der Gemeinden, der Erhaltung und Stärkung ihrer Wirtschaft und Finanzen in der „rücksichtslosen Enttarnung“ der verräterischen Sozialdemokraten. Während die Sozialdemokratie in den Mittelpunkt ihrer ganzen Kommunalpolitik die Ueberzeugung stellt, daß die Arbeiterklasse mit allen Mitteln die städtische Wirtschaft und Finanzen geordnet aufrechterhalten und erweitern muß, beschränken sich die Kommunisten auf die reine Kritik, die aus den wirtschaftlichen Nöten der Nachkriegszeit ihre Wurzeln zieht und deren einzige positive Seite eventuell der Appell an Reich, d. h. an die Rotenpresse ist. Im übrigen ist jeder städtische Tarif den Kommunisten selbstverständlich zu hoch und jede Unterflügelung der städtischen Wohlfahrtspflege zu niedrig. Nebenbei bleibt die Geldbeschaffung, mag das Reich helfen... Sie kümmert diese Sorge jedenfalls sehr wenig.

Wertwürdig wenig reden dagegen die Kommunisten bei all ihrem demagogischen Kampf gegen die Sozialdemokraten von der kommunalen Wirtschaft im Paradies der Kommunisten, in Sowjetrußland. Sei es, daß sie selber nicht wissen, wie dort die Kommunalwirtschaft getrieben wird, sei es, daß, wenn sie ja etwas davon wissen sollten, dieses Wissen selbst robustere Demagogengewissen belasten könnte. Vor uns liegt der amtliche Verwaltungsbericht

des Moskauer Sowjets für die Moskauer Kommunalwirtschaft des Jahres 1922, und wir können nur bedauern, daß ein solcher Geschäftsbericht mit seinen nüchternen Angaben nicht den kommunistischen Arbeitern zugänglich ist, die bei seinem Studium wohl sehr bald von der naiven Illusion befreit sein dürften, als hätten die Kommunisten bei sich ein sozialistisches oder kommunistisches Heilmittel gefunden, das gegenüber der Tätigkeit der Arbeiterparteien in westeuropäischen Städten irgendeinen neuen Weg wies.

Bis zum Umschwung der inneren russischen Politik im Jahre 1921, der Einführung der sogenannten NEP, bestand die Kommunalwirtschaft der Volkswind in der sogenannten — wie Nabel später zur Beschönigung behauptete — von den Arbeitermassen und nicht von den Bolschewiki gewollten, Vollkommunalisierung. Alles und jedes wurde kommunalisiert. Bis herunter zu den Freizeitanlagen war alles kommunalisiert. Die Bevölkerung bekam — alles (!), aber auf Karten — unentgeltlich. Der Erfolg ist bekannt: Die Städte verödeten, Zehntausende verhungerten. Die Bevölkerung Moskaus nahm trotz der Verlegung des Regierungsapparates nach Moskau ab. In dieser Periode des sogenannten „Kriegskommunismus“ und der damit verbundenen Unentgeltlichkeit aller kommunalen Leistungen gewöhnte sich die Bevölkerung daran,

rüberlich mit den Wohnungen, Wasser, Gas usw. umzugehen“ (aus dem amtlichen Bericht). Dieses „rüberliche Umgehen“ führte zur fast vollständigen Zerstörung der Wohnungen und der kommunalen Betriebe. Die Moskauer Straßenbahn z. B. verfügte vor dem Kriege und auch noch 1917 über etwa 820 Motor- und 499 Anhängerwagen. 1920 war die Zahl auf etwa 50 Motor- und 120 Anhängerwagen gesunken, während das Arbeiterpersonal sich beinahe verdoppelt hatte. Eine eingehende Schilderung der Verwüstungen, die diese sogenannte Vollkommunalisierung ange-

Die Septime.

Von Emil Rath-Schönholtz.

Einen Augenblick ließ Franz Glinta müßig die Hände sinken und unruhig den Blick über das blinkende Räderwerk der kleinen, silbernen Uhr tanzen, die vor ihm lag. Solange auf seinen Lippen ein ungesprochenes Wort reiste, zuckte das Ticken vieler Uhren, vom Widerhall der dunklen Wände gefärbt, durch die schwüle Luft eines hellen Vormittags. Doch ehe sie Froben auf ihre leise Frage Antwort erhielt, kletterte im Vorraum eine Klingel.

Glinta schob aufstehend mit mechanischer Bewegung seiner überaus blauen Hände den Stuhl ein wenig zurück. Eine Weile stand er ungeschlüssig, den Oberkörper leicht vorgebeugt. Dann holte er tief Atem und sagte mit einer Stimme, aus der innere Schwere ungedämpft fuhrte: „Lassen Sie mich Ihnen die Antwort noch einen Augenblick schuldig bleiben!“ und langsam ging er hinaus. Wie sah ihm prüfend nach; ihre braunen Augen zeichnen hoffig, aber liebend die Umrisse seiner mittelgroßen Gestalt nach und verweilten heimlich-sorgenvoll bei einigen helleren Fäden, die bereits an seinen edigen Schläfen durch sein dunkelblondes Haar liefen. Dieser Silberstein hätte leicht seine dreißig Jahre leugnen können, mußte aber am Widerspruch der lebhaften, stahlgrauen Augen scheitern, die bereit von Geistesfroht und Lebensmut sprachen. Schließlich verlor sie in grübelndes Suchen. Sie dachte just daran, wie Glinta seine Gaben in der doch anspruchsvollen Tätigkeit eines Uhmachers vergraben konnte, als er wieder eintrat, von einer jungen Dame begleitet.

Ihres freundlicher Gruß wurde nur mit einem zerstreuten Nicken des Kopfes erwidert, das Interesse der Frau galt offenbar anderen Dingen; denn sie trat mit herzlicher Entschlossenheit vor die Wand, die sichtbar zitterte unter dem Herzschlag von dreißig Uhren, über die nun mustern und wägend ihre runden, fast schwarzen Augen glitten, die über den rotprallen Wangen leuchteten und endlich auf einer hellbraunen Schwarzwalder Uhr roseten:

„Diese könnte es sein!“ — Ihre Stimme war frisch und klangooll. Einen Augenblick weitete sich Glintas Pupille wie in leichtem Unbehagen, doch sofort zeigte sein Gesicht wieder die gewohnt freundlichen Züge und lebendiger sagte er:

„Wie diese? Es ist gut! — Doch lassen Sie sie mir, bitte, noch zwei bis drei Tage —“

Die junge Frau sah ihn halb mißtrauisch, halb fragend an. „Oh — es ist nur, um das Wert genau zu regeln!“ Wie fühlte instintiv seine Verlegenheit, hing doch die Uhr schon fast drei Monate in der Werkstätte und tadelte Tag für Tag lustig fort!

Die Frau überlegte einen Augenblick: „Es soll gelten! Aber — werde ich sie in drei Tagen haben? Das soll ein Hochzeitsgeschenk sein!“

Glinta nickte: „Ich dachte es mir fast! Und Sie haben nicht

schlecht gewählt!“ Er öffnete das Gehäuse, seine Hand schlüpfte hinein und ließ zwölf kleine, helle Schläge ertönen: „Der Klang ist froh und leicht, nicht wahr?“

Als der Kauf abgeschlossen und die Käuferin gegangen war, fragte sie mit Bewunderung:

„Worum gaben Sie die Uhr nicht fort? Sie läuft doch schon seit Monaten Ihren gleichmäßigen Gang!“

„Sie haben recht!“ entgegnete er, und ich habe mich der guten Frau gegenüber einer kleinen, aber gewiß leicht verzeihlichen Lüge schuldig gemacht — aber — ich liebe diese Uhr wegen ihres freudigen Tones ganz besonders.“

„So wollen Sie Ihren Liebling nicht forgeben?“ fragte sie. „O doch! Aber in drei Tagen kann ich sein Ebenbild schaffen, damit die Sinfonie meines Lebens nicht gestört werde! Sie machen erstaunte Augen, liebe Freundin, weil Sie nicht wissen, was das sagen soll. Ich wollte es Ihnen schon längst erzählen! Und das soll zugleich eine Antwort sein auf die Frage, warum ich nicht heirate!“ Er lehnte sich etwas weiter zurück und sagte leise: „Daran ist nämlich die Septime schuld! Ober nein, das ist inkonsequent — doch davon später! Denn ich muß etwas weit zurückgreifen, bis in meine Knabenzeit. Sie war leicht und heiter, voll des Glanzes, den ein Mutterherz um mich dreizte, voller Ruff. Die Ruff war mein junges Leben. Wo nur Töne klangen, war mein Herz. Auch meine Mutter sang süße Lieder, webmäßig, dunkel; denn ihre Sanftmut lachte nie laut, nicht einmal in ihren Liedern! Aber ihr Lächeln war so etwas unendlich Innig-Selbstes, daß ich mich heute noch danach sehne und es suche und oft meine, ich hätte es gefunden!“

Er schaute ihr voll ins Gesicht, und sie schlug die Wimper nicht nieder, nur eine leichte Glanzwelle überflutete ihr Gesicht, um ihre Lippen erblühte ein feines Lächeln, das ihn verwirrte.

„Sehen Sie,“ fuhr er fort, „wenn Sie so lächeln, steigt leise und lebendig wieder vor mir jene Zeit empor: Vor meinen Augen drängen sich enge, trauliche Straßen, — der malbevolle Duft verschwiegener Wälder berauscht mich, ich fühle Sonnenwärme, — alte Lüne, die ich vergessen wollte, klingen wieder — denn ich liebe Ruff über alles. Warum ich nicht Musiker geworden bin? Ich wäre es geworden, sicherlich. Tausend unsichtbare Fäden zogen mich zu dem, von dem ich innerste Befriedigung erhoffte. Aber meine Studien waren kaum begonnen, da starb mein Vater — meine Mutter ließ ihn nicht lange allein.“

So ward ich Uhmacher. Die gemessene Rhythmit der Pendel, der Ton der Schlagwerke blieben Rest jener alten Erinnerungen. Wohl lehnte ich mich hin und wieder an das Piano — es überkommt mich oft wie ein Sturm, aber sobald die treibende Kraft nachläßt, fühle ich, was ich verloren, was ich, ohne Ruhmredigkeit, hätte geben können. Wenn ich der Ruff ein Ganzes gewesen wäre, nicht geteilt durch tausend notwendige Dinge.

Nie habe ich das Geld um seiner selbst getiebt — aber mit Bitterkeit fühle ich die Nachteile, die Armut dem Str-banden gibt!

Und aus dieser Bitterkeit heraus schuf ich die Sinfonie meines Lebens. Der Gedanke ist grotesk, kindlich, kindlich — ich gestehe es Ihnen, liebe Freundin. Sie sehen hier die Wand mit dreißig Uhren gepickt —, er versuchte, in den Ton zu verfallen, den Ausruf auf Schaulpähen gebrauchten, um ihre Karitäten anzukündigen — verschieden in Größe, Farbe, Gestalt und Klang. Ich habe sie gekauft nach Menschen und Dingen, die mir lieb sind oder lieb waren. Betrachten Sie jenes Lebrchen: schlücht, zierlich, sauber geordnet, klangooll. Darf ich Ihnen verraten, daß es Ihren Namen trägt? In wenigen Minuten, wenn die Zehner die erste Stunde künden, werden Sie Ihre Stimme darin hören!“

Glinta schweig, nur die dreißig klingenden Herzen pochten durch die Stille. Wie baunte mit Mühe drängende Fragen, ihr Blick hing mit andächtiger Dankbarkeit an der zierlich gearbeiteten Uhr, die er vorhin mit freudiger Handbewegung bezeichnet hatte — die Uhr, die er nun verkaufen sollte!

Da räusperte sich sämmernd die erste Uhr — ein tiefer, feierlich voller Ton — dann folgte die zweite, die dritte. Andere klangen heller und frischer hinterdrein, eindringlich, in schnellerem Takt, fielen wieder in dumpfe Töne zurück, und die letzten vier Schläge hallten gleichzeitig und lange in schrillen Septimenakkorde nach.

Wie fragte nach kurzer Pause: „Warum schließen Sie Ihre Sinfonie mit einer Septime?“ Und etwas leiser fügte sie hinzu: „Sie kann das Gefühl nicht stillen, sie drängt so nach Luftzug! Und das vermischt halb den Eindruck, den Ihre originelle Idee hinterließ!“

Da zuckte er müßig mit den Achseln: „Es muß eben so sein! Ich habe darin nämlich mein Leben kitzelt: In den hellen Tönen lag meine Kindheit, in den tieferen meine Entfugung. Die Septime ist meine Gegenwart, und wie sie dunkel und unbestimmt, Lösung suchend in einem schöneren Akkorde. Darum hat Ihr Vaterkind, dem Sie, wenn auch ungewußt, Ihren Namen geben, seinen Platz unter den dunklen Tönen und führt mit ihnen zu dieser qualdollen Septime.“

Ein Blick verlor sich in ihren tiefgründigen Augen, als suche er dort Hilfe und Rat. Da beugte sie sich vor und sagte hoffiger, als es sonst ihre Art war: „Könnte man es nicht vorerst mit einem Zweifelsang versuchen?“

Ihre Worte dämmerten nur langsam in ihm auf, aber ihr Blick gab ihren Worten bessere Deutung. Da lächelte er sie mitten auf den roten Mund: „Närrchen! Konntest du das nicht früher sagen?“

Sie legte schmeichelnd den Kopf gegen seine Wange: „Ich konnte mich dir doch nicht an den Hals werfen!“

„Nun,“ meinte er lachend, „die Septime beginnt sich zu lösen, und aus dem Zweifelsang kann recht wohl ein Drei- oder gar ein Vierklang werden!“

Da schloß sie ihm mit schelmischer Hand den Mund...



richtet hat, würde weit über den Rahmen dieser Darstellung hinausgehen. Sie ist nach den amtlichen Angaben der russischen Sowjets grauhaft und hat, was das Entscheidende ist, gar nichts mit den unvermeidlichen Rückschlägen infolge des Bürgerkrieges, der Blockade usw. zu tun. Sie ist in erster Linie die direkte Folge jener kommunalen Politik, die glaubte, auf die erprobten Grundsätze einer soliden inneren Wirtschaftsführung und auf die Aufrechterhaltung einer finanziellen Basis für die Gemeinden verzichten zu können.

Seit der Einführung der R.E.P. ist man von diesen Zerstückelungsmethoden abgekommen, und der amtliche Bericht glaubt versichern zu können, daß die Rückkehr zu dem Grundsatz der Sicherung der Rentabilität der Gemeindebetriebe den

#### Prozess der Zerstörung

zum Stillstand gebracht hat und daß ein Neuaufbau beginnen könne, der allerdings durch das Fehlen jeglichen Betriebskapitals erschwert werde und ohne eine bedeutende Anleihe (bei den Kapitalisten, die natürlich dafür feste Zinsen nehmen) nicht möglich sein werde.

Bei den Gemeindebetrieben ging man nach der Einführung der R.E.P. zum Prinzip der „Rentabilität“ über. Die Tarife wurden entsprechend der auch in Rußland vorhandenen Geldentwertung ununterbrochen erhöht, oft im Laufe eines Monats mehrere Male, und es wird im Bericht besonders hervorgehoben, daß es durch das scharfe Anziehen der Tarife der Straßenbahn möglich gewesen sei, das Bauprogramm innezuhalten und sogar Erweiterungen des Netzes durchzuführen, indem bisherige Dampfbahnen der Vorort- an das Straßenbahnnetz angeschlossen wurden. Bei den Gas- und Wasserarbeiten war die volle Angleichung noch nicht möglich, sie wurde bis zu 75 bzw. 82 Proz. erreicht und soll weiter angestrebt werden. Alle übrigen Gemeindebetriebe wurden

#### entkommunalisiert,

d. h. an Private vergeben und dadurch eine Einschränkung der kommunalen Wirtschaft erreicht, die ungefähr dem Friedensstande entspricht. (Immer noch dem amtlichen Bericht.) Das Personal wurde dadurch in einzelnen Fällen um 50 Proz. eingeschränkt. Die sonstigen Einnahmen des Moskauer städtischen Sowjets sind die Einnahmen aus Verpachtungen, Tarifen und Abgaben und die Zuschüsse des Staates aus der Roten Presse. Damit wird also die ganze Moskauer Finanzwirtschaft auf der Basis indirekter Besteuerung gestützt, die anscheinend für die Volksmassen in Rußland so segensreich ist, wie sie in Deutschland „verbrecherisch und schädlich“ ist, weshalb sie ja auch von den Sozialdemokraten mißgemacht wird.

Auf dem wichtigsten Gebiet der kommunalen Wohnungsfürsorge wird alles der privaten Initiative überlassen, die leitenden Beamten fordern überhaupt die Rückübertragung des Eigentums an die früheren Hausbesitzer, da die Gemeinde über keinerlei Mittel zur Erhaltung und Erneuerung der vollständig verfallenen Wohnungen verfügt, zu deren Reumstandsetzung ungeheure Anleihen notwendig wären, die selbstverständlich von den Russen verzinst und amortisiert werden müßten.

Die kulturellen Leistungen der Gemeinde, die Wohlfahrts- und Jugendpflege, die Krankenhäuser und all die vielen Dinge, die in den Städten deutscher Städte eine so hervorragende, wenn auch uns immer noch viel zu geringe Rolle spielen, sie sind durch die erbarmungslose Wirtschaftlichkeit, die aus der sinnlosen Zerstörung entsprossen ist, fast ganz zur Wirkungslosigkeit verurteilt. Was die Russen zu erlebigen haben, das ist mit Mühe und Not:

#### die Trümmer sammeln,

um wenigstens die wertvollsten Arbeiten zu leisten, ohne die keine moderne Gemeinde leben kann. Die Methoden, die sie jetzt empfehlen, sind die, die sie in anderen Ländern der „bürgerlichen“ Sozialdemokratie zum Vorwurf machen, nur mit dem Unterschied, daß sie verschärft werden durch die Auswirkungen der von den Bolschewiki geschaffenen Zerstörung. Jahre werden vergehen, ehe in Rußland an das wieder angeknüpft werden kann, was früher schon einmal bestand.

Wir Sozialdemokraten haben beim Studium eines solchen Berichtes aus dem „ersten Proletariatstaat der Welt“ keine Beancundigung, es zu beneiden, daß wir uns unter den größten Opfern um die Erhaltung dessen, was bisher geschaffen ist, bemühen. Wir wissen wenigstens, daß die Gemeinden auf dieser Grundlage weiterbauen können, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse sich einmal gebessert haben werden, und daß man dann die unentbehrliche Arbeit, die wir jetzt zu leisten haben, als die Vorbedingung künftiger Erfolge würdigen wird.

### Das Karussell.

„Immer nur hereinspaziert, meine Herrschaften — hier wird abgebaut!“ ... Ungläubig steht du vor dem Tor inmitten des großen Rummelplatzes der städtischen Verwaltung, aber dem in Riefenlettern die Ueberschrift: „Beamtenabbau“ prangt. Ganz so großzügig hattest du es dir denn doch nicht vorgestellt. Eine prächtige Anlage, so recht geschaffen, um einmal etwas kolossales, Niedergewesenes zu leisten. Und nun erst der Andrang vorm Tor! Aus allen Verwaltungsbuden strömt's, jeder Dezerent, jeder Direktor eines Betriebes möchte der erste sein, möchte Meister in der Beschränkung, in der Sparbarkeit, im Abbau sein. Ein Duzend, ein Hundert, Laufend und immer neue — wir wußten's ja längst, wie Groß-Berlin unter der Last seines riesigen Beamtenapparats ächzt und köhnt — wir wußten's längst, daß alle Verwaltungsbuden nur auf das Stichwort warteten — und nun ist's endlich da: Beamtenabbau heißt die Parole des neuen Jahres. Alles, was an überzähligen Kräften durch die Vereinfachung der Verwaltung, durch Vereinfachung der Betriebe und des Apparats freigeworden ist, all das, was die planlose Beamtenmacherei einer bürgerlichen Stadtverwaltung den Schultern der Allgemeinheit an überflüssigen Lasten aufgebürdet hat — all das strömt nun hier zusammen vor dem Jahrmartistor mit den Riefenlettern:

#### Beamtenabbau.

Und nun heißt's Einsteigen! Ein Riefenkarussell erfüllt den ganzen Platz. Die Drehorgel intoniert die Vereinfachungshymne, und vor deinem staunenden Blick steht sich die Riefendrehelscheibe in

Bewegung. Schneller und immer schneller. Dir schwindelt, an so viel Schnelligkeit in der Vereinfachung, an solche Wirbel des Abbaus hast du auch in den kühnsten Träumen kaum gedacht. — Und nun sind Orgel und Wirbel am Ende. Das Karussell steht. „Alles aussteigen!“ Und im Vollgefühl ihres Abgebautseins strömt die Menge überzähliger Beamter von den Karussellspießchen herunter, hinaus durch die vielen Seitentüren des riesigen Jahrmartorzells, hinein in das nächstliegende Tor einer Verwaltungsbude. Die erste Runde des Abbaus ist vorbei. Die 60 Abgebauten aus den Gaswerken hat nun die Steuerverwaltung, die 20 aus der Steuerverwaltung hat die Sparkasse und so fort mit Grazie in der Runde. Eine wirklich lustige und spaßige Jahrmartunterhaltung.

Und man kann der bösen Sozialdemokratie den Vorwurf der Humorlosigkeit nicht ersparen, wenn sie nun auf einmal verlangt, daß die Seiten- und Hintertüren des lustigen Karussellbetriebs in Zukunft verschlossen werden und nur noch der Eingang offen bleiben soll. Wir sehen schon voraus, daß dann das ganze Karussell — amtlich heißt's übrigens vieldeutig: „Ausgleichsstelle“ — lieber seinen Betrieb überhaupt einstellt und daß aus dem lustigen Drehbetrieb eine sehr ernsthafte Sache wird, daß Berlin schließlich nicht nur Beamte, sondern auch Beamtenstellen abbauen muß, daß nicht nur einzelne Verwaltungen, sondern der Gesamthaushalt von überflüssigen Beamten entlastet werden. Schade darum! Das Karussell war doch so spaßig und unterhaltsam. Aber der Sinn für Humor schwindet eben bedauerlicherweise immer mehr in dieser schweren Zeit der Not!

## Wirtschaft

### Triumph eines gemeinwirtschaftlichen Unternehmens.

Im Kampfe des Unternehmertums gegen die von der Arbeiterschaft geforderte Gemeinwirtschaft wurde immer und immer wieder behauptet, daß gemeinwirtschaftliche Betriebe nicht lebensfähig seien. Gleich darauf pflegte man ein Loblied auf die Initiative der Privatunternehmer zu singen, deren freies Schalten die Preise auf die heutige entsehrliche Höhe getrieben, die Gemüter der Großkonzerne maßlos gesteigert, die Masse aber zu einer wachsenden Verelendung verurteilt hat. Jetzt liegt der Abschluß eines in der Hand der Allgemeinheit befindlichen Unternehmens vor, der gegenüber der irreführenden Propaganda der kapitalistischen Presse als ein Triumph der Gemeinwirtschaft zu bezeichnen ist.

Die aus den alten Heeresbetrieben hervorgegangene „Deutsche Werke A. G.“, deren Aktien sich in den Händen des Reiches befinden und die ihre Entwicklungsfähigkeit ebenso gegen die Uebergriffe der Entente wie gegen die Anfeindungen von Privatinteressen verteidigen mußten, veröffentlichen ihren dritten Geschäftsbericht über das Geschäftsjahr 1922. Die Tatsache, daß das gemeinwirtschaftliche Unternehmen diesmal einen Bruttoüberschuss von 5,3 Milliarden ausweist, von dem nach Abzug von 1,47 Milliarden an Generalaufkosten und 3,66 Milliarden an Abschreibungen und Rückstellungen ein Reingewinn von 188,9 Millionen Mark verbleibt, zeigt, daß die „Deutschen Werke“ in ihrer Umstellung schon so weit gediehen sind, daß sie als rentabel gelten können. Eine der wichtigsten Einwände, die man sonst gegen derartige gemeinwirtschaftliche Unternehmungen überhaupt zu erheben pflegt, wird dadurch hinfällig. Aus dem Reingewinn wurden 20 Proz. Dividende oder 80 Millionen Mark an den einzigen Aktionär, das Reich, abgeführt. 56,4 Millionen Mark zum Rückkauf von Genussscheinen verwandt und 50 Millionen dem Unterstützungsfonds für Arbeiter und Angestellte überwiesen, 2,2 Millionen bleiben als Vortrag auf neue Rechnung.

Die gewaltige Höhe der Abschreibungen ist nicht nur ein Beweis für die Wirtschaftlichkeit der Betriebe, sondern sie bedeutet auch eine große Stärkung der Werte für die Zukunft.

#### Die Produktion der „Deutschen Werke“.

Ueber den Geschäftsgang berichtet der Vorstand: Die Umstellungsarbeiten auf unseren Werken wurden auch in diesem Geschäftsjahr planmäßig weitergeführt. Sie hätten unter den Konjunkturschwankungen, insbesondere unter der Entwertung der Mark, zu leiden, wie überhaupt die gesamte Geschäftstätigkeit auch unseres Unternehmens dadurch beeinträchtigt wurde. Die auf unseren einzelnen Werken eingerichteten Fabrikationszweige haben eine günstige Fortentwicklung erfahren.

Unsere Hüttenwerke waren mit Aufträgen gut versehen. In Siegburg wurde das neue Walzwerk fertiggestellt. Durch den planmäßigen Ausbau unserer Hüttenwerke hat die Versorgung unserer übrigen Betriebe mit Eisenhüttenenergie eine Verbesserung erfahren. Eine zufriedenstellende Beschäftigung weisen auch die umfangreichen Schmiedebetriebe und Presswerke auf, die von der Eisenbahn und der Industrie zahlreiche Aufträge erhielten. Die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit haben sie indessen noch nicht erreicht. Die vorhandenen Grauw, Temper-, Stahlform- und Metallgießereien arbeiten so zufriedenstellend, daß die ausgeführten Erweiterungen für diese Werkstätten nicht mehr ausreichen.

Im Maschinenbau haben wir die Serienfertigung im allgemeinen weiter durchgebildet. Unsere Landmaschinen haben sich rucklos eingeführt und haben bestriedigenden Abfall gefunden. Den Bau von großen und kleinen Glühkopfen- und Dieselmotoren für Land- und See haben wir erheblich ausgebaut. Ebenso hat der Textilmaschinenbau in Ingolstadt Fortschritte gemacht. Die fertiggestellten Spinnmaschinen haben sich in der Praxis bewährt.

Die ausgenommene Fertigung von Handels-, Präzisions- und Drehwerkzeugen hat sich vorteilhaft entwickelt. Unsere neu durchkonstruierten und normalisierten Armaturen erzielten erfreulichen Abfall. Wesentlich steigern konnten wir den Bau von Motorrädern im Werk Haleshorst. Das D-Rad hat sich im Gebrauch und bei Wettbewerben einen guten Namen gemacht. Günstiges läßt sich auch über unsern Benzoltriebmotor berichten, der technisch weiter durchgebildet wurde und im Betrieb einwandfrei läuft. Er dürfte besonders im Ausland weitere Absatzmöglichkeiten haben.

Bei den Holzzeugnissen ist die Fertigung von Kormentenslern und -türen, von hölzernen Wagen und Wagenstellen, gut vorangeschritten.

Im Schiffbau mangelte es an Neuaufträgen. Die im Laufe des Geschäftsjahres abgelieferten Schiffneubauten hatten eine Wasserverdrängung von insgesamt 87 500 Tonnen. Unsere Werften in Kiel und Rostock entfalteten in Umbauten und Instandsetzungsarbeiten für Fracht- und Passagierdampfer sowie sonstige Fahrzeuge eine erhebliche Tätigkeit. Während wir im Anfang des Geschäftsjahres mit Instandsetzungsarbeiten von Lokomotiven und Eisenbahnwagen stark beschäftigt waren, gingen die Aufträge gegen Ende des Jahres erheblich zurück, da das Reichsverkehrsministerium uns, wie allen anderen Privatwerken, die Reparaturverträge kündigte. Wir mußten deshalb leider auch eine Anzahl Angestellte und Arbeiter entlassen.

#### Große Warenbestände.

In der Bilanz fällt die starke Zunahme des Wertes der Warenvorräte auf. Sie waren im letzten Jahre mit 490 Millionen ausgewiesen und für diesmal mit 8,9 Milliarden Mark in der Bilanz enthalten. Der Geschäftsbericht bemerkt dazu, daß die Warenbestände äußerst vorsichtig bewertet sind und auch der Menge nach gegenüber dem Vorjahre zugenommen haben.

Alles in allem ergibt der Bericht eine kräftige Fortentwicklung des Unternehmens, die im Interesse der Allgemeinheit nur begrüßt werden kann.

Zur Lage in der Metallindustrie. Die Berichte, die dem Deutschen Metallarbeiterverband erstattet wurden, ergeben einen leichten Rückgang der Kurzarbeit und der Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie. Die Zahl der Kurzarbeiter ging in der zweiten Woche des Mai von 21,1 auf 19,5, die Arbeitslosen von 6,2 auf 5,3 Proz. zurück. Berlin gehört mit 90 Proz. Vollarbeitern zu den Bezirken mit geringster Beschäftigung. Trotz der Abnahme der Kurzarbeiter hat sich die Zahl der Betriebe mit Kurzarbeit um 88 erhöht. Demnach zeigt nur die Großindustrie, die stark für Eigenbedarf produziert aber in Erwartung des Marktlurses auf Lager gearbeitet hat, eine Besserung der Lage, während die Kleinbetriebe wohl infolge der trostlosen Lage in der Bauindustrie noch sehr unter Auftragsmangel leiden.

Genehmigungspflicht für wertbeständige Anleihen. Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der für wertbeständige Anleihen die gleiche Genehmigungspflicht vorsieht, wie sie schon jetzt durch das Bürgerliche Gesetzbuch auf Schuldverschreibungen, die auf Papiermarkt lauten, vorgeschrieben ist. In der Begründung weist das Reichsjustizministerium darauf hin, daß man mit dieser Genehmigungspflicht den Umsatzen solcher Schuldverschreibungen verhindern will, die nicht genügend gesichert sind, und daß man auch den nachteiligen Wirkungen, die ein zu starkes Angebot privater wertbeständiger Anleihen auf den Staatskredit ausüben muß, vorbeugen will.

Vor neuen Kohlenpreiserhöhungen. Nachdem die Bergarbeiterlöhne neu geregelt sind, ist mit einer Erhöhung der Kohlenpreise vom 1. Juni ab zu rechnen. Die Organe der Kohlenwirtschaft werden in diesen Tagen zur Beschlußfassung darüber zusammenzutreten.

Devisenkurse. Unserer letzten Kurstafel ist noch nachzutragen: 1 finnische Mark 1700,73 Geld, 1700,27 Brief; 1 japanischer Yen 20 725,50 Geld, 20 574,50 Brief; 1 brasilianischer Milreis 6284,87 Geld, 6263,63 Brief; 100 flerr. Kronen 85,78 Geld, 86,17 Brief; 1 tschechische Krone 1837,89 Geld, 1946,61 Brief; 1 ungar. Krone 11,32 Geld, 11,88 Brief; 1 bulgarische Lewa 648,87 Geld, 651,68 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 630,39 Geld, 642,61 Brief. 1 Polenmark kostete im freien Verkehr etwa 1,07 Mark.

## Die Zukunft der Arbeiterbewegung

steht auf dem Spiel, wenn nicht jetzt, in der schwersten Zeit der Krise, alle Kräfte der Arbeiterklasse zum Kampf gegen die Reaktion zusammengefaßt werden. Unjählich Schlimmes hat jeder von uns durchzumachen. Doch noch viel schlimmer würde die Lage sein, wenn die festeste Grundlage der Arbeiterbewegung, die sozialdemokratische Partei, in ihrer Kraft geschwächt würde. Schützt den Bestand der Partei! Werbt neues Mitglied! Unsere Parole sei:

### Herein in die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

#### Aufnahmeschein.

Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in die Vereinigte Sozialdemokratische Partei (Bezirk Berlin, Abtlg. \_\_\_\_\_) zu Beitragen entrichte ich: Eintrittsgeld 50 M., \_\_\_\_\_ Wochenbeiträge männlich zu 100, weiblich zu 40 M., Summe \_\_\_\_\_ M., \_\_\_\_\_ den \_\_\_\_\_ 1922.

Vor- und Zuname: \_\_\_\_\_

geb. am \_\_\_\_\_ zu \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_

Wohnung: \_\_\_\_\_

Gewerkschaftl. Organisation: \_\_\_\_\_

zwei beschäftigt: \_\_\_\_\_

In den Bezirken kann dieser Schein den bekannten Bezirksvereinen des V.S.P. mit dem Auftrag der sofortigen Erteilung übergeben werden.

Zwei gute Bekannte

MERCEDES

DIE BATSCHARI KRONE

IVO FUHONNY